**Erwerbslosen-Ausgabe!**

# Volkswacht

Preis 10 Pf.

Erscheint [illegible] Beilage. Bezugspreis: [illegible] Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post [illegible] unter Streifband 8,00 Mk. Anzeigenpreis: [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Donnerstag, 28. März 1929
11. Jahrg. Nummer 73

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzstraße Nr. 50, Tel. 200 56. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuzstraße 50. Tel. 259 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oderstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Wallstraße 11, Tel. 1844; Görlitz: Dunkle 6, Telephon 2854. Geschäftsstelle: von 8—18 Uhr. Bankkonto am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Deubag"-Berlin, Abt. Breslau, Kreuzstraße Nr. 50.

# Die Schanderlasse in der Praxis!

## Görlitzer Polizei überfällt Arbeitslose

Breslau, 27. März.

In **Görlitz** demonstrierten gestern die Erwerbslosen als Protest gegen die Verweigerung der Osterbeihilfe. Gemäß den Anweisungen des Polizeisozialisten Grzesinski ging die Schupo mit größter Brutalität gegen die Demonstranten vor, wie selbst die Telegraphenunion in ihrem Bericht zugeben muß, dabei erlitt ein völlig Unbeteiligter eine Gehirnerschütterung und schwere Verletzungen.

*

In **Reichenbach** veranstalteten gestern die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter eine wuchtige Demonstration, an der auch die Weber aus anderen Orten teilnahmen. Insgesamt demonstrierten in der kleinen Stadt Reichenbach etwa 1500 arbeitslose Männer und Frauen. Die wuchtige Demonstration, die von dem Kampfwillen der Textilarbeiter beseelt war, machte einen starken Eindruck.

*

**Die Vorgänge in Görlitz zeigen die Wirkung des Grzesinski-Erlasses an die Polizeibehörden in ihrer ganzen weittragenden Bedeutung. Um die Massen der empörten Arbeitslosen von der Straße zu vertreiben, hat der preußische Polizeiminister die Polizeipräsidenten scharf gemacht, damit sie mit Gummiknüppel und Karabiner die Demonstrationen auseinanderhauen, dann mit Hilfe der Journaille eine Hetze gegen die kämpfenden Arbeiter entfalten, um den Vorwand zu der angedrohten Auflösung der „radikalen Verbände" (lies KPD. und RFB.) zu haben. Görlitz ist das erste Schulbeispiel für die Grzesinskische Polizeipraxis gemäß den Schanderlassen. Es ist Signal und Alarm! Heraus zum wuchtigen Massenprotest gegen die Koalitionsregierung und das Polizeisäbelregiment! Gestaltet die kommunistischen Versammlungen zu Massenkundgebungen gegen Sozialfaschismus und Säbelregiment!**

# Rote Betriebsräte siegen überall

## Das Resultat der Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau

Die Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau sind jetzt abgeschlossen. Die Stimmenergebnisse von allen 185 Schachtanlagen werden wie folgt veröffentlicht:

| | |
|---|---|
| Bergarbeiterverband | 146 000 |
| Christlicher Gewerkverein | 69 311 |
| Opposition (Betriebseinheit) | 22 381 |
| Hirsch-Dunckersche | 4 697 |
| Syndikalisten | 3 464 |
| Gelbe | 5 829 |

Die sozialdemokratische Presse stellt dies Ergebnis so hin, als wenn es ein großer Erfolg der Reformisten sei. Sie rechnet die 146 000 für den Verband der Bergbau-Industriearbeiter abgegebenen Stimmen als ein Bekenntnis für die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und damit für die Sozialdemokratie, während den Kommunisten nur die 22 381 auf die Oppositionslisten entfallenen Stimmen zugeschrieben werden. Das Resultat soll eine Absage an die Kommunistische Partei bedeuten.

Zur richtigen Würdigung des Wahlergebnisses ist die Kenntnis folgender Tatsachen notwendig. Gewählt wurde auf 185 Schachtanlagen. Die Opposition hatte sich aber nur auf 40 Schachtanlagen mit eigenen Listen an der Wahl beteiligt. Auf einer Reihe von Schachtanlagen wurden die von der Opposition eingereichten Listen von den reformistischen Wahlleitern aus ganz nichtigen Gründen für ungültig erklärt, wie z. B. auf Radbod, so daß die Opposition sich an der Wahl nicht beteiligen konnte, sondern erst die jetzt getätigte Wahl anfechten und für ungültig erklären lassen muß.

Vor uns liegen die genauen Ergebnisse von 33 Zechen, auf denen reformistische Listen den Oppositionslisten gegenüberstanden. Auf diesen 33 Zechen erhielt die Opposition insgesamt 19 556 Stimmen. Die Reformisten erhielten 19 546 und die Christen 13 251 Stimmen. Die Opposition hat also hier, wenn auch nur 10 Stimmen mehr als die Reformisten und über 50 Prozent mehr als der Christliche Gewerkverein. Hätte die Opposition auf allen 185 Schachtanlagen ihre Listen aufgestellt, wäre das Verhältnis bestimmt noch günstiger geworden. Auf 16 von diesen 33 Schachtanlagen hat die Opposition eine höhere Stimmenzahl erreicht als die Reformisten. Und auf 7 Schachtanlagen hat die Opposition allein die absolute Mehrheit der Stimmen, zum Teil sogar Zweidrittel- bis Dreiviertel-Mehrheiten.

Von den 146 000 Stimmen, die auf die Verbandsliste entfallen sind, müssen zuerst auch abgerechnet werden diejenigen Schachtanlagen, auf denen die Verbandslisten ganz von Kommunisten besetzt waren. Vor uns liegen die Ergebnisse von 8 der größten Zechen, wo auf den Verbandslisten nicht ein einziger Reformist gewählt wurde. Auf diesen 8 Zechen wurden 14 500 Stimmen abgegeben.

Auf den übrigen 143 Zechen war eine reine Scheidung nicht durchgeführt, da Oppositionslisten hier nicht vorhanden waren, auf den offiziellen Verbandslisten aber eine große Anzahl von Kommunisten und oppositionellen Kameraden kandidierte. Auf einer ganzen Reihe solcher Listen des Bergarbeiterverbandes haben die oppositionellen Kameraden die Mehrheit.

Ein Vergleich mit den Vorjahren 1926/28 ist nicht möglich, da in diesen Jahren die Opposition durchweg auf den Verbandslisten kandidierte, die Listen also sozialdemokratische und kommunistische Kandidaten aufwiesen. Die Bürokratie, die in jedem Jahre immer mehr versuchte, die Kommunisten und Oppositionellen auszuschalten, hatte es auch erreicht, daß 1928 nur auf 6 Zechen ein Betriebsrat gewählt wurde, der in seiner Mehrheit aus Kommunisten bestand. Nach dem diesjährigen Ergebnis können wir jetzt schon feststellen, daß auf 16 der größten Zechen der Betriebsrat in seiner übergroßen Mehrheit aus Kommunisten besteht.

*

Bei den Betriebsrätewahlen im **Oelsnitz-Lugauer Kohlenrevier** errang die Opposition auf der Gewerkschaft Deutschland, Abteilung Deutschland, einen **glänzenden Sieg**. Die Opposition erhielt 919 Stimmen und 7 Betriebsräte, die Reformisten 558 Stimmen und 4 Betriebsräte, die Christen mit 113 Stimmen erhielten keinen Betriebsrat.

Die Reformisten hatten eine eigene Liste eingereicht. Als die Opposition ebenfalls eine eigene Liste aufstellte, wurden die oppositionellen Kandidaten aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossen. Die Bergarbeiter haben jetzt die Antwort erteilt.

*

Der sozialdemokratische „Abend" von gestern bringt eine Meldung aus Halle über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen aus 36 Grubenbetrieben im **mitteldeutschen Braunkohlenrevier**. Es wird mitgeteilt, daß die freigewerkschaftliche Liste 11 408 Stimmen bekommen hat. Dazu schreibt der „Abend":

„Vergeblich sucht man hier nach den Stimmen für die Liste der unorganisierten KPD."

Des Rätsels Lösung liegt darin, daß die Kommunistische Partei die freigewerkschaftlichen Listen in vielen Braunkohlengruben besetzt hat. Die vorläufigen Ergebnisse sprechen von einem Vormarsch der oppositionellen Kollegen auch in dem Braunkohlenrevier. Die freigewerkschaftlichen Listen sind keineswegs mit SPD.-Listen gleichzustellen.

## Heinitzgrube bleibt Rot!

**Das Ergebnis der Betriebsratswahl auf der Heinitzgrube ist folgendes: BAV. 742, Opposition 1027, Christen 323, Polen 118, ungültig 12. Wahlberechtigt waren 2692 Kollegen. An der Wahl nahmen teil 2299 Kollegen.**

## Neuer Unternehmervorstoß auf die Erwerbslosen!

Millionen von Erwerbslosen haben in den vergangenen Monaten die Auswirkungen des AVAVG. kennengelernt. Die unerhörten Schikanierungen auf den Stempelstellen, stundenweite Wege zur Kontrolle, Verschleppung der Unterstützungsanträge, rücksichtslose Kürzung, Sperrung und Verweigerung der Unterstützung, Streikbrechervermittlung, der Betrug an den Saisonarbeitern u. a. haben gezeigt, daß die aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Arbeiter vollkommen zur Verzweiflung und Verelendung gebracht werden sollen.

Die rigorosen Bestimmungen dieses Schandgesetzes genügen den Unternehmern nicht. Sie wollen ganze Arbeit verrichten. Arbeitslose sind für sie Abfallprodukte, die auf den Schindanger geworfen werden.

Um ihre Trustherrschaft und vor allem ihren Profit zu sichern, gehen sie brutal über Leichen.

Diese Bestrebungen veranlassen die führenden Elemente der Kapitalisten, seit Wochen einen verschärften Kampf aufzunehmen gegen die „sozialen Errungenschaften".

Der Haushalt des Reiches soll auf Kosten der breiten Massen ins Gleichgewicht gebracht werden. Hunderte von Millionen sollen deshalb auf Vorschlag des Hansabundes von den Sozialetats gestrichen werden.

Die Finanzen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sind trotz der erbärmlichen Unterstützungen ins Wanken gekommen. Die Unternehmer wünschen, die „Gesundung" durch weiteren Abbau der Unterstützung herbeizuführen. In der „DAZ." vom 22. März wird unter der Ueberschrift: „Gegen die Mißstände in der Arbeitslosenversicherung" ein Antrag der DVP. veröffentlicht. Der Antrag ersucht die Reichsregierung:

**„ein Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorzulegen, durch das die zahlreichen Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung beseitigt werden. In dem Gesetz sind folgende Fragen zu regeln:**

**Ausschluß der Unterstützung während der Dauer der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, anderweitige Regelung der Arbeitslosenfürsorge, für die in der Heimarbeit beschäftigten Personen, Herstellung eines Verhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen derart, daß die Leistungen nach Höhe und Dauer von der Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge abhängig gemacht werden und eine längere Zeit während der Nichtinanspruchnahme der Unterstützung in einer Entlastung des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers sich äußert."**

Das sind die Absichten der Unternehmer, die, wie immer, gestärkt und durchgeführt werden von den sozialdemokratischen Ministern. Hat doch bereits Hilferding im Reichstag die Erklärung abgegeben, die Reichsregierung sei sich einig darin, eine Revision der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen!

Es ist selbstverständlich, daß bei solchen Verschlechterungen auch die Gewerkschaftsführer mithelfen. In der Nr. 12 der „Gewerkschaftszeitung" wird zu dem Angriff der Unternehmer Stellung genommen, und zwar in einer Art und Weise, die wiederum beweist, daß die Gewerkschaftsführer das offene Vorgehen der Unternehmer auf ihre Art verschleiern müssen. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß doch das bestehende Gesetz genügend Mittel gibt, um die Arbeitslosenversicherung noch weiter abzubauen. Diese Mittel: **scharf durchgeführte Kontrolle, Angebot von Arbeit und Verhängung von Sperrfristen, d. h. die Entziehung der Unterstützung wenn zumutbare Arbeit abgelehnt wird**, sollen von den sozialdemokratischen Arbeitsamtsbeamten noch stärker als wie bisher angewendet werden.

Wenn auch das den Unternehmern noch nicht genügt, dann sind die Gewerkschaftsführer bereit, eine Erhöhung der Beiträge

durchzuführen. Diese Erklärung geben sie am Schlusse des Artikels ab.

Die Zusammenarbeit der Unternehmer, Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Minister muß den Arbeitslosen und Betriebsarbeitern ein Alarmsignal sein. Noch stärker als wie bisher muß gegen die Erhöhung der Beiträge, gegen weiteren Unterstützungsabbau und weitere Verelendung der gemeinsame Kampf aufgenommen werden, für die

**Beseitigung des ADGB.,**

**Errichtung einer Erwerbslosenfürsorge auf Kosten der Unternehmer und unter Verwaltung der Arbeiter und Erwerbslosen,**

**für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.**

## Am 12. Mai Neuwahlen in Sachsen

**Leipzig, 27. März. Das sächsische Ministerium beschäftigte sich gestern mit dem Urteile des Staatsgerichtshofes und beschloß, daß die notwendig gewordenen Landtagswahlen am 12. Mai stattfinden sollen.**

**Die Wahlen in Sachsen werden von großer Bedeutung für das ganze Reich sein. Die Arbeiterschaft wird bei den Wahlen ihr Urteil abgeben über die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer und auch über die demagogische Politik der sächsischen „Linken". Der kurze scharfe Wahlkampf wird zweifellos zum Ausdruck bringen, daß** die Massen sich weiter nach links orientieren und sich in immer größerem Maße zur Kommunistischen Partei, zur revolutionären Klassenpolitik gegen die Trustbourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien bekennen.

## Konkurs der Stadt Glashütte i. Sa.

**TU. Dresden, 26. März. Die Uhrenstadt Glashütte hat beim Amtsgericht Bauenstein i. Sa. den Konkurs angemeldet.** Glashütte ist seiner mißlichen, finanziellen Lage wegen nicht in der Lage, die ihr von der Aufsichtsbehörde genehmigte Anleihe von 1 Million Reichsmark zu verzinsen und zu tilgen. Die Hauptgläubigerin ist die Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. Mit der Angelegenheit wird sich das Ministerium des Innern noch zu befassen haben.

## Großfeuer auf dem neuen Lloyddampfer „Europa"

**TU. Hamburg, 26. März. Auf dem im Bau befindlichen 46 000-Tonnen-Dampfer „Europa" für den Norddeutschen Lloyd ist gegen 3.30 Uhr ein Großfeuer ausgebrochen. Das Vorder- und Mittelschiff sind bereits von den Flammen ergriffen. Sämtliche Hamburger Wehren waren zur Stelle und bekämpfen das Feuer vom Lande und vom Wasser aus.**

Ein derartiger Schiffsbrand steht in der Geschichte des Schiffsbaues einzig da. Die „Europa", das Schwesterschiff der „Bremen", gehört zu den größten Einheiten, die auf den deutschen Werften seit der Vorkriegszeit gebaut worden sind. Die beiden Schiffe, die je einen Rauminhalt von 46 000 Tonnen haben, sind im Dezember 1926 in Auftrag gegeben worden und sollten eigentlich in diesem Frühjahr in Dienst gestellt werden. Durch den langen Werftarbeiterstreik hat sich die Fertigstellung aber verzögert, so daß erst im Spätsommer die ersten Ausreisen der beiden Riesenschiffe in Aussicht genommen waren. Nun hat es aber den Anschein, als ob die „Europa" niemals den Ozean befahren wird.

Zwar kann das Schiff selbst nicht verbrennen, da es aus Eisen und Stahl besteht. Das Feuer findet aber an den großen Mengen von Holz und anderen brennbaren Stoffen, die zur Auskleidung der Räume verwandt werden, reiche Nahrung. Diese Gluten werden dem Eisenrumpf dann zum Verhängnis, denn die Stahl- und Eisenteile glühen auf. Der Stahl verliert jede Festigkeit und wird vollkommen unbrauchbar.

### D-Zug-Entgleisung bei Mukden

**Neun Fahrgäste getötet.**

**TU. Peking, 25. März. In der Nähe von Mukden ist ein D-Zug entgleist. Vier Wagen sind vollkommen zertrümmert, neun Fahrgäste sind getötet, elf schwer verwundet. Die Ursache ist noch nicht geklärt.**

# Der Gipfelpunkt der Stolberg-Komödie

## Das „Geständnis" des Grafen Stolberg

### — Eine falsche Selbstbezichtigung

**Hirschberg, 26. März. Der in der Jannowitzer Mordangelegenheit verhaftete Graf Christian wurde von Dienstag vormittag bis 15 Uhr durch die Berliner Kriminalbeamten vernommen. Er legte vor Kriminalrat Hoppe ein Geständnis ab. Danach wurde er von seinem Vater beauftragt, das Jagdgewehr nachzusehen und zu prüfen. Hierbei blieb eine Patrone im Lauf stecken. Als er auf dem hinter dem Sofa stehenden Tisch mit dem Gewehr herumhantierte, ging die Waffe los und der Schuß drang dem auf dem Sofa sitzenden Vater in den Kopf. Im Verlaufe der Vernehmungen erweiterte Graf Christian sein Geständnis dahin, daß er sich einem Familienmitgliede unmittelbar nach der Tat anvertraut habe. Die Polizei kann aber im Interesse der weiteren Ermittlungen den Namen des Familienmitgliedes noch nicht nennen.**

**Kurz vor Bekanntwerden des Geständnisses des Grafen Christian hatte der Regierungspräsident in Liegnitz für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt.**

**Durch dieses Geständnis ist man der Aufklärung des Mordfalles um keinen Schritt näher gekommen. Wer bürgt dafür, daß der Graf die Wahrheit sagt?**

**TU. Freiberg (Sachsen), 26. März. Zu der von anderer Seite gemeldeten Selbststellung des Bergmanns Siegmund unter der Beschuldigung, der Täter von Jannowitz zu sein, wird bekannt, daß die Kriminalpolizei die Untersuchung des Falles aufgenommen hat und alsbald feststellen konnte, daß der in den vierziger Jahren stehende Mann, der geistig nicht ganz normal ist, den Mord nicht begangen haben kann. Um die Zeit des Mordes hat sich der Mann in Groß-Albersdorf bei Marienberg aufgehalten und dort laut amtlichen Stempeln Unterstützung in Empfang genommen. Es wird angenommen, daß der Mann sich der Tat bezichtigt hat, um ein Unterkommen zu finden.**

*

**Dieses „Geständnis" ist der Gipfelpunkt der Komödie, die seit der Ermordung des Grafen Stolberg gespielt wird. Acht Tage lang hat der edle Grafensohn mit der Hartnäckigkeit eines abgefeimten Berufsverbrechers jede Beteiligung an der Tat abgestritten, nachdem er am Tage der Tat einen Einbruch fingiert hatte. In die Enge getrieben, tischte der Bursche das Märchen auf, ein geheimnisvoller Unbekannter, den er erst nach der Beerdigung preisgeben wolle, habe die Mordtat verübt. Die bürgerliche Presse und zunächst die Liegnitzer Untersuchungsbehörden machten Stimmung für den Grafen und behaupteten, es könne eine fahrlässige Tötung vorliegen. Bis zum Eintreffen der Berliner Kriminalpolizei wurden, dank der Schlamperei der Liegnitzer Untersuchungsbehörden, wichtige Beweisstücke vernichtet, beschlagnahmte Briefe verschwanden. Das Buch, das der Getötete in Händen hatte, ein wichtiges Beweisstück, wurde bei der Beerdigung mit ins Grab gelegt. Die Leiche muß wieder ausgegraben werden. Und nun der Gipfelpunkt: Noch am Montag bemühte sich der Verteidiger, alle Argumente ins Feld zu führen, die gegen eine fahrlässige Tötung sprechen. Der Schuß ist dem Getöteten quer von oben nach unten durch den Kopf gegangen, und die Kugelspuren im Zimmer beweisen, so sagte der Verteidiger am Montag, daß der Schuß in schräger Richtung von oben nach unten gegangen sein muß. Hinzu kam ein Urteil des Schießsachverständigen, der erklärte, daß der Schuß nicht von der Nähe, sondern von Entfernung abgegeben wurde. Eine fahrlässige Tötung liegt nach diesem Urteil außerhalb jeder Möglichkeit. Trotzdem macht heute fast die gesamte bürgerliche Presse Stimmung für den Grafen, bezeichnet das Geständnis als glaubhaft und setzt die Entlastungsoffensive für ihn fort. Um den Skandal in degenerierter Adelssippe, den widerlichen Streit um die Erbschaft, die verfaulte bürgerliche Moral und die Liebesaffären zu vertuschen, soll die wahre Ursache des Mordes verschleiert und aus dem Mord ein „bedauerlicher Unglücksfall" gemacht werden.**

**Wir werden in den nächsten Tagen tiefer in den Jannowitzer Sumpf hineinleuchten, um der Arbeiterschaft zu zeigen, wie verfault und degeneriert jene Adelssippe ist, die auf Kosten des werktätigen Volkes ein Drohnendasein fristet.**

## Roter Sieg auf Luisengrube

**Das Ergebnis der Betriebsratswahl auf der größten Grubenanlage Oberschlesiens ist wie folgt: Es erhielten an Stimmen die Liste der Opposition 2595, die Reformisten 1796 und die Christen 775 Stimmen (Wahlbeteiligung 87,1 Prozent, voriges Jahr 62 Proz.).**

**Die Gewerkschaftszerstörer Nossahl u. Co. haben die Quittung für ihre verräterische und spalterische Politik erhalten. Die Hetz- und Verleumdungskampagne der Reformisten hat es nicht vermocht, die Mehrheit der Arbeiter auf der Luisengrube für sich einzufangen. Der überwältigende Sieg der revolutionären Opposition ist der eindeutige Beweis des Vertrauens der Mehrheit der Kumpels zu ihr und der Ausdruck des wachsenden Kampfeswillens der Bergarbeiter.**

**Nun erst recht: Kampf den reformistischen Lakaien der Bourgeoisie, für den Sieg des Proletariats über seine Ausbeuter.**

## Eine Kundgebung gegen Grzesinski

In Neukölln demonstrierten am Sonntag über 300 Jungarbeiter etwa eindreiviertel Stunden lang. Eine ganze Menge Arbeiter begleiteten den Zug. In der Ziethen-, Steinmetz- und Prinz-Handjery-Straße begrüßten die Arbeiter aus den Fenstern durch Händeklatschen und Rot-Front-Rufe die Demonstranten. Viele Hochrufe und Niederrufe auf die Polizei erschallten. In der Bergstraße wurde die Demonstration mit einer Kundgebung gegen das Demonstrationsverbot aufgelöst. Die Polizei ist nicht eingeschritten.

**Der spanische Ozeanflug geglückt.** Wie die „Vossische Zeitung" aus Neuyork meldet, ist das spanische Flugzeug „Jesus della Grand Podar", das am Sonntag zum Transozeanflug gestartet war, um 1,46 Uhr (Neuyorker Zeit) auf dem Flugplatz in Natal (Brasilien) gelandet.

**Furchtbare Familientragödie.** In dem Dorfe Erblingen bei Frankfurt a. M. erschoß im Verlaufe eines ehelichen Streites der Steinbrucharbeiter Johann Ressiori seine Frau. Er flüchtete dann in den Wald und verübte Selbstmord durch Erhängen. Die Eheleute hinterlassen acht Kinder, darunter eine Anzahl Unmündiger. Der Täter ist gebürtiger Italiener.

# Weder mit der Koalitionsregierung!

## Antwortet Grzesinski!

**Mittwoch den 27. März**

**Landeshut, 20 Uhr, im „Luckner-Saal". Referent: Genosse Geschke, M. d. R.**

**Brieg, 20 Uhr, im „Weinberg". Referent: Genosse Jendrosch, M. d. L.**

**Görlitz, 20 Uhr, im Konzerthaus. Referent: Genosse Schulz, Neukölln, M. d. L.**

**Ohlau, 20 Uhr, in der „Stadt Oels". Referent: Genosse Reimann, Breslau.**

**Freiburg, 20 Uhr. Referent: Gen. Wollweber, M. d. L.**

**Strehlen, 19,30 Uhr, in der „Stadt Breslau". Referent: Genosse Paul Scholz, Berlin.**

**Donnerstag, den 28. März**

**Liegnitz, 20 Uhr, im „Habsburger Hof". Referent: Genosse Meyer, München.**

**Nieder-Hermsdorf (Waldenburg), 19 Uhr. Referent: Genosse Schulz, Neukölln, M. d. L.**

# BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

## Roman aus dem Kapp-Putsch

35

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt i. Th.

„Na, das ist ja merkwürdig, dabei hat die Einwohnerwehr soeben auf dem Rathausballon Maschinengewehre eingebaut," sagte Ruckers, der auf dem Fuße folgte.

„Davon hat mir der Bürgermeister nichts gesagt, ich ging allerdings hinten heraus," bemerkte Oversath bestürzt.

„Die Einwohnerwehr ist seit heute früh alarmiert, aber uns Sozialdemokraten hat man nicht gerufen. Als ich mit meinem Ausweis Eintritt verlangte, wurde ich barsch zurückgewiesen," sagte ein anderer Arbeiter.

„Der Livenkuhl ist ein Jesuit! Der weiß mehr als wir!" rief Karplus.

„Da geht sicher was vor," bemerkte Reese mit Nachdruck.

Wieder schrillte das Telephon. Vom Walzwerk kam die Nachricht, daß die Belegschaft nach der Frühstückspause in der Kantine der weiteren Dinge harre.

„Haltet eure Leute beieinander, wir geben Nachricht, sowie wir welche haben," rief Reese in den Apparat und hängte den Hörer wieder an.

Immer mehr Leute drängten herein. Als man schließlich die Tür sperrte, sammelten sich auf Flur und Treppen diskutierende Gruppen an. Mühsam war es dem Kommunisten Kössfeld, sich durch die Menge bis oben durchzuarbeiten, da jeder was von ihm wissen wollte.

„Genossen, man betrügt uns," keuchte der kleine Mann. „In Berlin haben Kapp und Ehrhardt die Regierung gestürzt! Die Regierung ist geflüchtet und hat zum Generalstreik aufgerufen. Der Livenkuhl, dieser verdammte Halunke, weiß schon seit heute früh amtlich Bescheid, verheimlicht es aber und weigert sich auch, den Streikaufruf drucken zu lassen. Und ihr sitzt hier so seelenruhig beisammen und laßt euch das gefallen?"

In diesem Augenblick läutete abermals der Apparat.

„Hier Gewerkschaftssekretariat Swertrup!" — „Aha, na endlich!"

Alles hing gespannt an Reeses Mienenspiel. Sein Gesicht wurde noch um einen Schein blasser, während er die Stichworte wiederholte: „Marineleutnant Löwenfeld und Ehrhardt — Regierungsgebäude ohne Widerstand besetzt — Reichswehr übergetreten — Sicherheitswehr teils für Kapp, teils neutral — Regierung zum Generalstreik aufgerufen — Widerstand mit allen Mitteln organisieren!"

Bedächtig legte er den Hörer wieder auf. „Das Gespräch kam eben von Düsseldorf. Also es ist richtig, wir müssen den sofortigen Generalstreik organisieren." Hilfesuchend sah er sich im Kreise um.

„Am besten wird es sein, wir bilden hier gleich eine Art Aktionsausschuß oder so was ähnliches," setzte er unsicher hinzu.

Ruckers konnte sich einer bitteren Bemerkung nicht enthalten: „Sehr richtig, sehr richtig! Jetzt, wo eure oberschlauen Genossen den Karren in den Dreck gefahren haben, können wir Proleten ihn wieder herausziehen. Wo hat denn nun euer Noske seine Brigaden, mit denen er uns voriges Jahr so schön entwaffnen konnte, he?"

Die meisten Anwesenden stimmten unter höhnischen Bemerkungen lebhaft zu. Die anderen schwiegen beklommen, und nur Reese stammelte etwas von ungeeignetem Moment, jetzt nach den Schuldigen zu fahnden. Jetzt müsse endlich der Bruderzwist aufhören und die gesamte Arbeiterschaft zusammenstehen.

„Vor Tisch hörte man es anders," rief Karplus. „Da hieß es nur immer: Der Feind steht links! Gegen uns habt ihr immer Kanonen gehabt. Uns habt ihr entwaffnet und die Konterrevolution großgepäppelt. Jetzt soll eure famose Regierung auch sehen, wie sie allein fertig wird, ich rühre keinen Finger!"

„Nicht doch, nicht doch," mahnte Ruckers. „Hier geht es ja um mehr als um die Republik, Genossen. Hier geht es um uns selbst. Denn wenn diese Gesellschaft wieder obenauf kommt, dann wird es uns so ergehen, wie den ungarischen Arbeitern. Wir müssen jetzt den Widerstand mit allen Mitteln organisieren und die Abrechnung auf später vertagen."

„Das meine ich auch," sagte Reese, „und was die Abrechnung anbetrifft, Genossen — mit den Schuldigen in unseren Reihen —, das werden wir schon von uns aus besorgen. Darauf könnt ihr euch fest und heilig verlassen. Jetzt müssen vor allem die Betriebe und der Verkehr stillgelegt werden."

„Welche Betriebe fehlen denn noch?" fragte Oversath. Es waren alle da bis auf die Zinkraffinerie.

„Da schlage ich folgendes vor," sagte Reese. „Um zwölf Uhr eine Volksversammlung auf dem Hindenburgmarkt. Genosse Karplus geht sofort zur Zinkraffinerie und informiert die Kollegen, die vielleicht noch nicht ausgeschlafen haben. Die anderen Betriebe und Zechen informieren wir telephonisch: alles sofort aufhören und kommen! Und dann geschlossen zur Versammlung marschieren. Wir aber konstituieren uns hier inzwischen als provisorische Streikleitung. Bis zwölf Uhr haben wir noch annähernd zweieinhalb Stunden Zeit."

„Bei der Versammlung muß aber von uns auch einer sprechen," knurrte Kössfeld. „Selbstverständlich, von jeder Partei einer," pflichtete Reese bei.

„Und alles Trennende beiseite lassen," setzte Oversath hinzu.

„Aber vorher müssen wir hier erst mal in Swertrup nach dem Rechten sehen," rief Ruckers.

„Das Rathaus übernehme ich. Du, Genosse Ruckers, kannst..."

„Ich gehe mit dir, Genosse Reese," sagte Ruckers entschieden.

„Ich dachte, du könntest die Post..."

„Die Post übernehme ich," rief der Betriebsrat von „Deutsche Erde".

„Ich gehe zur Eisenbahn, die ist besonders wichtig," sagte Oversath.

„Und ich zum Straßenbahndepot," ließ Kössfeld verlauten.

Die Generalstreiklawine rollte! Soeben begann das Geheul der Alarmsirenen und Dampfpfeifen.

### 9. Kapitel.

Die Situation war völlig klar! Die militärischen Machthaber glaubten, mit Hilfe der Maschinengewehre nicht nur die ihnen verhaßte Regierung, sondern auch die übrigen Revolutionserrungenschaften der Arbeiter beseitigen und die alte verhaßte Zwingherrschaft von Militär und womöglich Monarchie wieder einführen zu können. Da gab es nur eine Antwort:

„Alle Räder stehen still!"

Wenn außer Gewerkschaften und Parteien sogar die Regierungen zum Generalstreik aufrufen, machen auch die Lauen und Halblauen mit. Der Generalstreik war vollkommen!

Die Demonstration auf dem Hindenburgmarkt wurde der machtvollste proletarische Aufmarsch, den die Stadt je erlebt. In endlosen Scharen zogen sie heran, die Männer, die, tief unter der Erde das Brot jeder Produktion, die Kohle, gruben; die Hochofen- und Hüttenarbeiter, die das Erz schmolzen und den widerspenstigen Stahl formten und gestalteten. Dazwischen leuchteten in der Sonne die Uniformen der Eisenbahner, Postler und Straßenbahner, wimmelten zahlreiche Frauen — ein gewaltiges, brausendes Menschenheer.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski. Für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Biswald, für „Breslau", „Glatz" und die übrigen Beilagen Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate W. Barber-Breslau.

Nr. 11 **Der Erwerbslose** 1929

# Blutige Polizei-Attacken gegen die Erwerbslosen in Görlitz

**Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir aus Görlitz folgende Meldung:**

**Der Ausschuß der Erwerbslosen hatte am 25. März zu einer Kundgebung am Untermarkt für die Forderung nach einer Osterbeihilfe für die Erwerbslosen aufgerufen. Die Forderung wurde aber abgelehnt. Deshalb fand eine Demonstration der Erwerbslosen statt, welche von der Polizei auseinandergesprengt wurde. Der Genosse Brodde befand sich in Schutzhaft, wurde aber wieder freigelassen. Die Erwerbslosen demonstrierten weiter für ihre Forderung und beschlossen, jeden Tag zu demonstrieren, bis die Forderung genehmigt wird. Die Polizei hat in brutaler Art und Weise in die Demonstrierenden eingehauen, so daß es eine Reihe von Verletzten gab. Der Zug der Demonstranten bewegte sich auch zur „Volkszeitung" auf die Luisenstraße, wo stürmische Rufe gegen die Sozialdemokratie laut wurden.**

*

Die Erwerbslosen schreien nach Brot — die Behörden antworten mit Polizeiattacken und Gefängnis für die „Rädelsführer". So will es der Sozialdemokrat Grzesinski im Interesse der Bourgeoisie!

Sozialdemokratische Arbeiter, steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht, mit von der Partei Grzesinskis zu sein?

Heraus aus dieser Partei! Kommt zur Kommunistischen Partei, die, allen Schikanen und Terrormaßnahmen zum Trotz, sich ihrer Pflicht im Interesse des Proletariats bewußt ist und keinen Schritt zurückweichen wird!

**Nieder mit der Koalitionsregierung, die die Erwerbslosen verhungern läßt und die Forderungen der Erwerbstätigen nach Lohnzulage und Arbeitszeitverkürzung mit Hilfe des Schlichtungssystems, dank der Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie, abwürgt!**

# Teile und herrsche!

**Das ist der Zweck der Unterschiedlichkeit in der Höhe der Unterstützung.**

Das AVAVG. sollte angeblich eine völlige Vereinheitlichung der Unterstützung bringen. Seitdem das Gesetz in Kraft getreten ist, wurde eine Unmenge Verordnungen und Ausnahmebestimmungen erlassen, durch die der Beweis erbracht wurde, daß der Kautschuk-Charakter der einzelnen Paragraphen sich in fast unbegrenzter Weise zur Einschränkung des Personenkreises benutzen lasse, der ursprünglich fest davon überzeugt war, einen gesicherten gesetzmäßigen Anspruch auf Unterstützung zu besitzen.

Es ist Zeit, auch den Nachweis dafür zu bringen, daß der eingangs erwähnte Grundsatz sich ins Gegenteil gewandelt hat.

Der Arbeitslose untersteht durchaus nicht einer einheitlichen Regelung, sondern wird, ehe überhaupt die Höhe seiner Unterstützung festgelegt wird, in eine bestimmte Gruppe eingegliedert. Es gibt: Hauptunterstützungsempfänger, Krisenfürsorgeempfänger, Notstandsarbeiter, Pflichtarbeiter, Kurzarbeiter, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit laufender oder unregelmäßiger Unterstützung, und innerhalb dieser Gruppe die Dreitagearbeiter.

Der antisoziale Charakter des Gesetzes zeigt sich schon in dieser gesamten Gruppierung. Sowie ein Arbeitsloser aus der Hauptunterstützung ausscheidet, tritt die Bedürftigkeitsprüfung in Kraft, die entweder gebunden ist an die Bestimmungen des Reichsarbeitsministers oder an die Fürsorgepflichtverordnung. Die Bedürftigkeitsprüfung der Wohlfahrtsempfänger wird nicht nur vom Wohlfahrtsamt in der allgemeinen Weise durchgeführt, sondern hängt hauptsächlich, wie der Volksmund sagt, von den sogenannten „Schnüffelkommissionen" ab.

Obgleich ohne weiteres feststeht, daß auch ohne Bedürftigkeitsprüfung selbst nach amtlichen Angaben mehr als 96 Prozent aller Arbeitslosen bedürftig sind, wird durch diese große Klassifizierung eine systematische Demoralisierung der Arbeiter betrieben. Durch Drohungen, Denunziationen, Strafanträge, willkürlichen Unterstützungsentzug, Gesinnungsschnüffelei, Böswilligkeit, Hausklatsch und sonstige Methoden wird dieser Teil der Arbeitslosen ständig mit Kürzung und völligem Entzug der Unterstützung bedroht. Es gibt erschreckende Beispiele, wie die einzelnen Instanzen ihre Macht, die sie nur dadurch haben, weil sie hinter den Schalterfenstern als Amtsperson sitzen, benutzen.

Schon bei der Schaffung des Gesetzes war diese Entwicklung vorauszusehen. Man wollte den Zustand aber bewußt herbeiführen, weil er von der herrschenden Klasse benötigt wurde, um die Erwerbslosenarmee als willfährigen Faktor jederzeit benutzen zu können. Dieser Zustand läßt sich nur beseitigen durch unsere immer wieder erhobene grundsätzliche Forderung: **Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle Erwerbslosen für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit.**

Die Klassifizierung wird in den einzelnen Gruppen fortgesetzt. In der Arbeitslosenunterstützung gibt es 11 Lohnklassen, in der Krisenunterstützung 8.

Die Unterstützungsempfänger zerfallen wiederum durch das System der Familienzuschläge in der Arbeitslosenversicherung in 59 verschiedene Gruppen, in der Krisenunterstützung in 41 verschiedene Gruppen. Die gesamte Staffelung, die zwischen 6 Mark und 37,80 Mark schwankt, zeigt noch deutlicher, daß es sich um ein Klassengesetz und nicht um ein soziales Gesetz handelt. Eine soziale Gesetzgebung hätte berücksichtigt, daß Jugendliche, Frauen und Wenig-Verdiener, die von den Kapitalisten zu niedrigen Löhnen ausgebeutet werden, nicht noch dadurch besonders bestraft werden dürfen, daß sie während ihrer Arbeitslosigkeit eine Unterstützung beziehen, die keinesfalls die Kosten des notwendigen Lebensbedarfs deckt. Dadurch wurde der Zustand geschaffen, daß dieser Teil der Unterstützungsempfänger einen ständigen Kampf führen muß um eine zusätzliche Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter. Natürlich unterliegen sie hier der genauesten Bedürftigkeitsprüfung und sind somit, trotz des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, durchaus nicht besser gestellt als unter der Erwerbslosenfürsorge oder als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Die amtliche Statistik zeigt sehr deutlich, daß die Mehrheit der Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge eine Grundunterstützung erhält, die keineswegs besser ist als die Sätze der alten Arbeitslosenfürsorge.

Die Erwerbslosenfürsorge war gegliedert in drei Wirtschaftsgebiete, und diese wiederum in je vier Ortsklassen. Die Unterstützung, die schon damals als unzureichend angesehen wurde, betrug für alleinstehende Personen über 21 Jahre im Wirtschaftsgebiet Westen in der Ortsklasse A 13,20 Mark und stieg bis 26,30 Mark.

Im Wirtschaftsgebiet Osten, Ortsklasse A, Alleinstehende über 21 Jahre 10,50 Mark, für Verheiratete steigend bis zu 20,80 Mark.

Sicherlich war diese ganze Unterstützungsregelung schlecht, aber sie hat einer noch viel größeren Klassifizierung durch das AVAVG. Platz gemacht.

Dadurch wird nachdrücklich gezeigt, daß die Unterstützungsregelung nicht nach einem Lohnklassensystem zu erfolgen hat, sondern daß es darauf ankommt, eine solche soziale Unterstützung zu schaffen, die ohne Rücksicht auf den früheren Verdienst dem Erwerbslosen die Möglichkeit gibt, seine Arbeitskraft und das Leben seiner Familie zu erhalten. Nur eine solche Unterstützung, die dann für die Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt wird, hat einen Anspruch darauf, als sozial zu gelten. Die Auswirkungen des AVAVG. zeigen ganz deutlich seinen politischen Charakter. Es ist ein Gesetz der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

# Was die Erwerbslosen berichten

## Erwerbsloser, welche Zeitung liest Du?

**Die bürgerliche kapitalistische Presse, das Blatt der Unternehmer, das Skandal- und Klatschblättchen der Provinz! Gewiß nicht, wir nehmen an, daß du deine Groschen nicht den Arbeiterfeinden in den Rachen wirfst!**

**Liest du die SPD.-Zeitung? Dann heraus mit ihr! Die SPD. hat das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die schändlichen Ausnahmebestimmungen geschaffen. Sie schmiedete den Hungergürtel für dich und deine Familie. Ihre Abgeordneten stimmten gegen die eigenen Anträge, wenn es galt, die Erwerbslosen zu betrügen. Willst du die Partei des Arbeiterbetruges noch weiter unterstützen?**

**Du hast bis jetzt die Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" regelmäßig gekauft! Das ist gut, aber es genügt nicht. Nicht einmal in der Woche, sondern**

**täglich mußt du die „Arbeiter-Zeitung" lesen!**

**Von den paar Pfennigen Unterstützung fiel es dir bisher schwer, das Geld für ein Wochen-Abonnement zu erübrigen. Wenn du jetzt wieder Arbeit finden wirst oder bereits gefunden hast, mußt du sofort die „Arbeiter-Zeitung" bestellen. Nur sie hat deinen Kampf gegen die schändlichen Ausnahmebestimmungen, die elenden Unterstützungssätze, die Schikanen der Behörden unterstützt. Nur sie kämpft für Arbeitslose und Betriebstätige, für bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, rote Betriebsräte, gegen Unternehmerdiktatur, reformistischen Betrug, Schlichtungsschwindel.**

**Nur sie kämpft mit dir für den Sieg der proletarischen Revolution! Darum abonniere die „Arbeiter-Zeitung", und wirb für sie. Jeder Leser der kommunistischen Presse wird ein wertvoller Streiter im Kampfe für den Sieg der Arbeiterschaft.**

### Liegnitz

**Versammlung der erwerbslosen Holzarbeiter am 15. März.**

Kollege Fischer betonte, daß zurzeit 440 erwerbslose Kollegen in Liegnitz sind. Er bemerkte, daß die „Arbeiter-Zeitung" wahrscheinlich wieder schreiben werde, er habe Schuld daran, daß die letzte Demonstration nicht besser ausgelaufen ist. Gleichzeitig meinte er, daß seit einigen Wochen einige Leute „ohne genaue Herkunft" hier seien. Er dachte dabei an Töpfer. Weiter betonte Fischer, daß in Hamburg die SPD. schon vor 30 Jahren die Arbeitslosenversicherung gefordert hat. Danach bekundete er, daß es einige Leute gebe, die behaupten, die Arbeitslosenfürsorge sei besser als die Arbeitslosenversicherung. Die Leute wissen auch nicht, wie die Erwerbslosenfürsorge und die Erwerbslosenversicherung aussehen. Weiter führte Fischer an, daß in der Sonderfürsorge von Gruppe 1—6 keine Kürzung eintrete, erst von Gruppe 7 ab geht es aus. Nach seiner Meinung habe die Stadtverordnetenfraktion alles getan, um die Not zu lindern. Fischer behauptete, die Erwerbslosenanträge seien nur Agitationsanträge. Auf Grund der Demonstration hole man keine 3 Pfennige mehr heraus. In der Diskussion erklärte Kollege Knappe, daß die Erwerbslosen etwas anderes erwartet haben, als das, was Kollege Fischer gesprochen hätte. Weiter meldeten sich noch einige andere Kollegen, darunter auch Kollege Friedrich, welcher kritisierte, daß man 100 Mark auf die Wärmehalle herausgeschmissen hatte, wo jetzt der Winter vorbei sei. Kollege Fischer führte dann noch aus, daß man ab 1. April für die Erwerbslosen die 10-Pf.-Marke einführt. Zum Schluß machte er auf die Wahl am Mittwoch aufmerksam.

### Aus dem Riesengebirge

— Am Freitag tagte die Gemeindevertretersitzung in Wernersdorf, wo die von den Erwerbslosen gestellten Anträge beraten wurden. Der Gemeindevorsteher verlas die Anträge und stellte dieselben zur Debatte. Hierauf ergriff ein Stahlhelmmann das Wort und sprach nach echt treudeutscher Art, die Erwerbslosen leben einen schönen Tag, und sollte einer wirklich am Verhungern sein, so kann die Gemeinde dort eingreifen und etwas tun. Aber von den Anträgen und einer Unterstützung an Erwerbslose wollte er nichts wissen. Auch der SPD.-Mann Pfuckner lehnte alles ab. Die Erwerbslosen sollen sich an ihn als „Arbeitervertreter" wenden. Wie der Stahlhelmer meinte er, daß nur im Falle allerdringendster Not etwas gegeben werden dürfe. Also wenn einer schon am Verhungern ist. Dann klärte er die bürgerlichen Gemeindevertreter darüber auf, daß die Gemeinde Schreiberhau 5000 Mark für die Erwerbslosen nur mit dem Vorbehalt bewilligt habe, daß der Kreis die Hälfte davon trägt und der Antrag zwecks Bedürftigkeitsprüfung dem Kreis-Wohlfahrtsausschuß überwiesen wird.

So sehen sie aus, die Vertreter der SPD., und dann wundern sie sich, daß die Arbeiterschaft und die Erwerbslosen das Vertrauen zu ihnen verloren haben. Es wurden dann 200 Mark zur Verfügung gestellt, die bei „Bedürftigkeit" verteilt werden können. Dies war jedoch der Antrag des Genossen Vestos, und die Bürgerlichen mit der SPD. stimmten ihm zu. Wie sieht praktisch die Hilfe der SPD. für die Erwerbslosen aus? Gerade hier im Riesengebirge haben wir die besten Beweise. Hätten nicht die Kommunisten in Schreiberhau, in Petersdorf, in Wernersdorf, in Kaiserswaldau und allen anderen Orten des Riesengebirges eingegriffen, so könnten die Erwerbslosen verhungern und erfrieren. Arbeiter und Erwerbslose des Riesengebirges, zieht hieraus die Lehren! Gebt den Verrätern der Arbeiterklasse die richtige Antwort, indem ihr Mitglieder der KPD. werdet!

### Gottesberg

**Der Magistrat zerrt arme Proleten zum Kadi!**

Auf Grund der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft sind viele Arbeiter in den städtischen Neubauten die Miete rückständig. Ein Erwerbsloser soll von 14 Mark wöchentlicher Unterstützung alle Wochen zwei Mark auf die rückständige Miete zahlen, außerdem aber auch die laufende Miete, monatlich 20,90 Mark, bezahlen. Wovon soll er dann leben? Auch da ist der Magistrat nicht verlegen, er meint, die jugendlichen Kinder sollen die Eltern erhalten. Der Sohn ist 17 Jahre alt und geht auf die Grube, die zwei jugendlichen Töchter gehen in die Fabrik. Die Hungerlöhne, welche diese Kinder erhalten, brauchen sie für sich, um bei ihrer anstrengenden Arbeit nicht vorzeitig Invalide zu werden. Um die Stadt aus dem Dreck zu retten (in Gottesberg sieht es gegenwärtig schlimm aus), werden Zahlungsbefehle erlassen. Wenn das nicht zieht, dann kommt der Kadi. Ein Lungenkranker, der lange krank gelegen und monatelang erwerbslos war, als Ausgesteuerter Wohlfahrtsunterstützung bezog, schuldet der Stadt 26,40 Mark Miete, welche noch von 1926 zu bezahlen ist, als der Kranke 20 Wochen im Bett gelegen hatte. Nun wird er für 58 Pfennig Stundenlohn zur Arbeit geschickt, und vierzehn Tage später soll er diese restliche Miete zurückzahlen. Infolge seines geringen Wochenverdienstes von 25 Mark ist er dazu nicht in der Lage. Da sandte der Magistrat den Zahlungsbefehl, als dieser nicht fruchtete, ging man zum Kadi. Auf der einen Seite nimmt der Magistrat einen Antrag an den Bezirksfürsorgeverband auf, um von da auf Grund der wirtschaftlichen Notlage des Arbeiters die Miete zu erlangen, und auf der anderen Seite beruht man darauf, daß der Gerichtstermin stattfindet. Die stillgelegte Viktor-Grube, welche der Stadt noch Steuergeld schuldet, wird schonungsvoller behandelt, obwohl es sich dort nicht nur um 25 Mark handelt.

### Oels

**Erwerbslose fordern Wirtschaftsbeihilfe — Polizei räumt den Zuhörerraum.**

Durch die Initiative unserer Partei wurde hier ein Erwerbslosenausschuß gebildet. Derselbe stellte an den Magistrat einen Antrag um Bewilligung von Mitteln für Erwerbslose. Der Antrag wurde angeblich wegen Mangel an Mitteln abgelehnt. Kollege Stoffel unterbreitete dieses Resultat einer sofort einberufenen Erwerbslosenversammlung, welche mit Entrüstung davon Kenntnis nahm. Es wurde sofort ein neuer Dringlichkeitsantrag formuliert und dem Magistrat sowie dem Stadtverordnetenvorsteher überreicht. Gefordert wurden 10 000 Mark, der sozialdemokratische Stadtverordnete Langner setzte die Summe aber sofort auf 5000 Mark herab. Er sowie der 1. Bürgermeister begründeten das damit, daß doch das Arbeitslosenversicherungsgesetz „ausreichend" für die Erwerbslosen sorge. Der bürgerliche Wortführer Seidel versuchte über die Not des Bürgertums zu sprechen, wobei er mitteilte, daß auch er bald werde stempeln gehen müssen, trotz mehrerer Häuser und dem größten Steinmetzgeschäft am Orte. Als hier einige Erwerbslose Zwischenrufe machten, die ganz harmloser Natur waren, unterbrach der bürgerliche Vorsteher die Sitzung und rief die schon bereitgestellte Polizei herbei, die nun mit dem Gummiknüppel in der Hand den Erwerbslosen demonstrierte, mit welchen Mitteln in der schwarzrotgoldenen Republik die Not der Erwerbslosen gelindert werde. Die Erwerbslosen wurden rausgeschmissen. Kollege Stoffel machte die im Saale anwesenden sozialdemokratischen Stadtverordneten darauf aufmerksam, wie empörend und beleidigend dieses Vorgehen der Polizisten auf die Arbeiterschaft wirken muß.

Es wurde jetzt in geheimer Sitzung weiterverhandelt. Die bürgerlichen Stadtverordneten stellten sich hinter den Vorsteher, wahrscheinlich mit der Begründung, daß Löbe und die anderen Oberbonzen im Reichs- und Landtag genau so handeln. — Der Antrag Langner mit 5000 Mark wurde angenommen, der unsere mit 10 000 Mark abgelehnt. Sogar der bürgerliche Stadtverordnete Hanke erklärte, daß die bewilligten 5000 Mark bei der großen Zahl der zu Unterstützenden nicht auslangen werden. — Arbeiter, merkt euch das! Es wurde dann noch das dem Charleviller Damenreiter gehörige Gut Spahlitz bei Oels bei einem Kaufwert von fast 600 000 Mark angekauft. Und das alles, trotzdem keine Mittel vorhanden sind. Es wäre zu wünschen, daß mehr wie bisher die Arbeiter an den Sitzungen teilnehmen. Sie bekämen dann einen Anschauungsunterricht, der für die Kommunalwahlen im Herbst von großer Bedeutung wäre.

## Fragekasten

**Lauban.** Falls der Einspruch der Arbeiterinnen zu ihren Gunsten ausfällt, haben sie selbstverständlich Anspruch auf Nachzahlung, rückwirkend vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit.

# Abbau der sozialen Leistungen

## Die SPD. bahnt der sozialen Reaktion den Weg

Die deutsche Bourgeoisie macht einen verschärften Angriff auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen. Das Unternehmertum hat die Parole ausgegeben, daß die Löhne die Höchstgrenze erreicht hätten. Der Reichsarbeitsminister Wissell, seine Schlichter und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer führen diese Anweisung durch. Vor den Maiwahlen 1928 haben die SPD.-Führer den Arbeitern versprochen, daß sie durch Beteiligung der SPD. an der Regierung höhere Löhne erhalten werden. Heute wissen die Metallarbeiter, die Textilarbeiter, die Reichs- und Staatsarbeiter, die Eisenbahner usw., daß das Gegenteil der Fall ist. Denn heute haben sie es schwerer als unter der Bürgerblock-Regierung, überhaupt eine Lohnerhöhung durchzusetzen, weil die SPD.-Führer ihren ganzen Einfluß dahingehend ausüben, daß keine Erhöhung des Lohnniveaus zustande kommt. Zu diesem Zweck hetzen sie die Arbeiter gegeneinander und betreiben sie die Spaltung der Gewerkschaften. Die Unternehmer machen Riesengewinne, die öffentlich bekanntgegebenen Dividenden sind höher als in den letzten Jahren. Doch die Arbeiter sollen keine Erhöhung des niedrigen Reallohnes erreichen. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen und steigen weiter. Die Lohnpolitik der SPD.-Führer und der Koalitionsregierung bedeutet faktisch die erhebliche Senkung des Reallohnes.

Wie auf dem Lohngebiet geht die Bourgeoisie auch zum Angriff auf die Erwerbslosenunterstützung und auf die entsetzlich niedrigen Bezüge der Invalidenrentner über. Die SPD. hat vor den Wahlen Verbesserung der sozialen Leistungen versprochen. Aber davon ist heute keine Rede mehr. Den Umstand, daß die sozialdemokratischen Minister und alle SPD.-Führer um den Preis der Regierungsbeteiligung zur Verschlechterung der sozialen Leistungen bereit sind, nutzt die Bourgeoisie aus, um gerade jetzt, während des Bestehens der Koalitionsregierung, Maßnahmen durchzuführen, die sie sonst nicht gewagt hätte.

Mit der Ausnahmebehandlung der sogenannten Saison-Arbeitslosen wurde gegen die Arbeitslosen ein schwerer Schlag geführt. Die sozialdemokratischen Minister und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben diese „Sonderfürsorge" beschlossen. Der Angriff gegen die Erwerbslosenunterstützung geht weiter. Die Regierungsparteien planen eine Erhöhung des Beitrages zur Erwerbslosenversicherung, wodurch sich der Abzug vom Arbeitslohn erhöhen wird. Als Grund für diese Beitragserhöhung wird ins Feld geführt, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sonst staatliche Zuschüsse benötige. Nun ist es klar, daß die betriebstätigen Arbeiter unmöglich die Mittel zur Unterstützung für die Millionen arbeitsloser Opfer des kapitalistischen Systems selbst aufbringen können, zumal auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ein bürokratischer Apparat aufgezogen wurde, der im ersten Geschäftsjahr allein 80 Millionen Mark verschlang. Darum fordern wir, daß die herrschende Klasse die Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen aufbringen muß. Der Vorwand der „mangelnden Mittel" ist schon deshalb hinfällig, weil Hilferding in seinem Etat allein für die Wehrmacht 750 Millionen Mark eingesetzt hat. Aehnliche Riesensummen werden für die Polizei, Technische Nothilfe, Luftkriegsvorbereitungen, direkte Subventionen an Unternehmer ausgegeben. Bei dieser Sachlage haben die Koalitionsminister die Stirn, zu behaupten, daß das Reich die Mittel, die zur Unterstützung der Erwerbslosen notwendig sind, nicht zuschießen könne. Die SPD. propagiert bereits die Beitragserhöhung, die Regierung plant einen weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung, und gegen die Verlängerung der Krisenfürsorge über den 4. Mai hinaus leisten die Regierungsparteien den heftigsten Widerstand.

Ebenso brutal wie gegen die Arbeitslosen wird gegen die hungernden Arbeitsinvaliden vorgegangen. Die Renten der Arbeitsinvaliden sind erbärmlich niedrig, so daß eine Erhöhung unbedingt notwendig ist. Denn die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, der Realwert der Hungerrente vermindert sich immer mehr. Die Koalitionsregierung setzt aber der Erhöhung der Invalidenrenten den wütendsten Widerstand entgegen. Dabei hat die Koalitionsregierung den eifrigsten Beistand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die freilich ihre eigene werte Person auf Kosten der Arbeiter materiell gesichert haben. Die „Gewerkschafts-Zeitung" des ADGB., Nr. 11, vom 16. März, hat die Schamlosigkeit, zu den Anträgen auf Erhöhung der Renten wörtlich zu schreiben:

**„Wir hätten dringend gewünscht, daß diese Forderungen zurückgestellt worden wären."**

Nun, die Koalitionsregierung hat denn auch erklärt, daß eine Ehöhung der Renten nicht in Frage käme, und die SPD. hat auf die Weiterbehandlung ihrer Anträge verzichtet. Nur die Kommunisten halten die Forderungen der Arbeitsinvaliden aufrecht. Gegen die Kommunistische Partei schreibt Leiparts „Gewerkschafts-Zeitung":

**„Dabei weiß diese Partei wie jede andere, daß auf eine Erhöhung der Leistungen auf Kosten des Reiches zurzeit keinerlei Aussicht besteht."**

Gewiß, die Kommunisten wissen, daß die Koalitionsregierung, die Hunderte von Millionen für militärische Rüstungen ausgibt, den Arbeitsinvaliden freiwillig keinen Pfennig geben wird. Die Kommunisten wußten, daß es frecher Schwindel war, wenn die SPD. vor der Wahl die Erhöhung der sozialen Leistungen versprach. Bewußte Lüge war es auch, als Leipart auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß erklärte:

„Wir haben die Ueberzeugung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft durch Beteiligung an der Regierung und durch direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrzunehmen, als durch Beharrung in der Opposition."

Aber wenn wir wissen, daß die sozialdemokratischen Koalitionsminister freiwillig nichts bewilligen werden, so wissen wir, daß auch der Koalitionsregierung durch außerparlamentarischen Massenkampf die Erfüllung von proletarischen Forderungen abgezwungen werden kann. Diesen Weg weisen die Kommunisten der Arbeiterschaft.

Es ist der Koalitionsregierung bitter ernst mit dem Abbau der sozialen Leistungen. Hilferding hat einen großen Schlag getan dadurch, daß er 164 Millionen Mark, die er her in die Kassen der Invalidenversicherung abführen müßte, in faulen Reichsschatzwechseln zahlen will. Ueber die Wirkung dieser Maßnahmen schreibt sogar die „Gewerkschafts-Zeitung" folgendes:

„Durch die Zahlung des dem Reiche nach diesen Bestimmungen zufallenden Zuschusses in nicht handelsfähigen Wechseln sind die Landesversicherungsanstalten in der freien Verfügung über die Rechnungsüberschüsse im Jahre 1929 stark beengt. Landesversicherungsanstalten, die zum Beispiel jährlich große Summen in billigen Hypotheken für den Kleinwohnungsbau angelegt haben, werden gezwungen sein, diese Hypothekendarlehen einzuschränken."

Schon die von Hilferding geplante Maßnahme wäre ein scharfer Abbau der sozialen Leistungen. Da aber ausgerechnet ein sozialdemokratischer Arbeitsminister behauptet, daß die Invalidenversicherung auf diese 164 Millionen Bargeld verzichten könnte, beantragt die Deutsche Volkspartei völlige Streichung der 164 Millionen und zudem Streichung von 40 Millionen, die der Invalidenversicherung bisher aus den Zollüberschüssen zugeflossen sind. Außerdem hagelt es in der bürgerlichen Presse an Vorschlägen und Programmen, die auf den radikalen Abbau aller sozialen Leistungen hinauslaufen.

So bereiten die SPD.-Führer dem Abbau der sozialen Leistungen den Weg, wie sie auf jedem Gebiet alle arbeiterfeindlichen Anschläge mitmachen.

Es gilt, gegen diese Tendenzen eine geschlossene Front des werktätigen Volkes zu bilden. Die bürgerlichen und gewissenlosen SPD.-Führer müssen rücksichtslos aus der Arbeiterbewegung ausgestoßen werden. Mit diesen Verrätern muß gründlich abgerechnet werden. — Zur erfolgreichen Gegenwehr gegen die soziale Reaktion muß sich das gesamte werktätige Volk um die Fahne der Kommunistischen Partei scharen.

## Hugenbergs Bettelbrief an USA.

(Eig. Ber.) Berlin, 26. März.

Der deutschnationale Parteivorsitzende Hugenberg hat im Auftrage seiner Partei an zirka 3000 amerikanische „Persönlichkeiten und Institutionen" einen Bettelbrief gerichtet. Derselbe fordert in Anknüpfung an die tagende Reparationskonferenz in Paris die Amerikaner auf, sich mit ihrer ganzen Kraft für die Herabsetzung der deutschen Reparationslasten einzusetzen. In naiv plumper Weise versucht Hugenberg einen diesbezüglichen Erfolg zu erzielen, indem er in seinem Brief auf die imperialistischen Gegensätze zwischen Amerika und den Westmächten, insbesondere England, anspielt. Er schreibt u. a.:

„Ohne fremde Hilfe kann Deutschland die Lasten der Zahlungen nicht tragen... Die Amerikaner zahlen deswegen in Wirklichkeit die Tributlasten, die Deutschland aufgezwungen wurden. Die Amerikaner sind es, die — zweifellos in gutem Glauben, aber nichtsdestoweniger tatsächlich — den französischen Militarismus finanzieren und England die Mittel liefern, seine Kriegsflotte zu bauen."

Hugenberg scheint sich aber von dieser Ausnützung der Gegensätze zwischen Amerika und England selbst nicht viel zu versprechen. Er operiert deshalb mit einem weiteren Argument, von dem er glaubt, daß es seine schon oft erprobte Wirksamkeit nicht verfehlen wird, dem drohenden Bolschewismus. Er erklärt in seinem Brief:

„Nur eine gerechte Endlösung wird Deutschland in den Stand setzen, die Aufgabe zu erfüllen, die ihm durch die geographische Lage aufgezwungen wurde, nämlich den Schutz der zivilisierten Welt vor dem Bolschewismus... Wenn Deutschland durch unverständige Politik und durch untragbare Lasten in Verzweiflung getrieben wird, wird es ebenfalls in die Arme des Bolschewismus getrieben. Nur dann und nicht vorher wird Deutschland wahrscheinlich eine Gefahr für die ganze Welt werden."

Der arme Hugenberg, Seine Aktion dürfte trotz des aufgezogenen Bolschewistenschrecks keinerlei Wirkung haben. Die revolutionäre deutsche Arbeiterschaft weiß, daß weder Hugenberg noch Hermann Müller die Reparationsfrage im Sinne und zugunsten der Arbeiterschaft lösen kann, sondern es kann nur die Niederwerfung der Bourgeoisie geschehen.

## Neue Korruptionsfälle im Fabrikarbeiterverband

2800 Mark hat der Verbandsangestellte im Fabrikarbeiterverband, Zahlstelle Frankfurt a. d. O., unterschlagen. Er ist noch, wie sein Kollege Bülk-Lübeck, der 1300 Mark unterschlug, Mitglied im Verband.

Als dritter im Bunde ist Jonschel-Salzungen zu nennen, der mit Verbandsgeldern das Weite suchte.

Auch in Kiel hat ein Freund der Reformisten einen Griff in die Verbandskasse getan. Die beiden letzten wurden als ausgeschlossen erklärt. Die Fälle sind weder ein Zufall noch Ausnahmen.

Im Kampf gegen die Opposition werden diese Elemente herangezüchtet und werden gedeckt durch den Apparat, weil dieser auf diese Sorte Helfer im Kampfe gegen die Kommunisten nicht verzichten kann.


Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenauflagen
prompt und preiswert
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 30

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Sie verdienen täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Barge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter, Rohhaar, Garn, Kuhfell, Kernseife, Erdöl
alles sehr billig
prima Ware
Detail aus Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 18
Filiale: Ohlauer Str. 17
Weißgerbergasse 43

Der Osterkuchen
wird mit Feinkostmargarine „Blauband, frisch gekirnt" besonders gut geraten; sie ist köstlich im Geschmack, besitzt herrliches Aroma und ist sehr preiswert. 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.

Feinkost-Margarine
Blauband
frisch gekirnt

# Breslau

## Heute geht alles

zur Kundgebung des KJVD. in den „Zentralballsaal"!

**10 Tage die die Welt erschütterten**

Ansprache / Musik / Sprechchor / Kasimir Sublimer rezitiert / Beginn 20 Uhr / Eintritt 30 Pfg. / Antreten 19 Uhr auf dem Neumarkt zum Demonstrationszug nach dem „Zentralballsaal", Westendstraße Nr. 50/52.

*Kommunistischer Jugendverband.* *Rote Jungfront.*

### Mit Gas vergiftet

Am Montagvormittag wurde die Witwe H. Köhler, Märkische Straße 22 wohnhaft, in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden.

### Schon wieder eine Granate

Auf dem Boden des Hauses Uferstraße 13 wurde eine scharfe Granate, Kaliber 7,5 Zentimeter, aufgefunden.

**In der Woche vom 17. bis 23. März** wurden 84 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Raubes 2, Einbruchdiebstahls 5, Taschendiebstahls 10, Betruges 3, Urkundenfälschung 1, Entführung 1, steckbrieflich Gesuchte 2, „Schutzhaft" 3, Zuwiderhandlungen gegen die Paß- und Meldevorschriften 7.

**Die Stadtverordnetenversammlung** hält diesen Donnerstag keine Sitzung ab.

**Rentenzahlung für April.** Mit Rücksicht auf das Osterfest zahlen die Postanstalten ausnahmsweise die Militärversorgungsgebührnisse für April bereits vom 27. März an und die Unfall- und Invalidenrenten für April bereits vom 30. März an aus. Den Zahlungsempfängern wird empfohlen, ihre Aprilbezüge möglichst an diesen Zahltagen abzuheben.

**Straßensperrung.** Wegen Auswechslung von Kurvenschienen in der Kupferschmiedestraße an der Kreuzung Lange Holzgasse/Neumarkt wird die Lange Holzgasse ganzseitig und die Straßenkreuzung Kupferschmiedestraße/Neumarkt halbseitig vom 25. bis 30. März 1929 für Fahrzeuge aller Art gesperrt. Die Umleitung des Verkehrs erfolgt nach Maßgabe der aufgestellten Umleitungsschilder.

**Kleingartenland** ist noch im Westen der Stadt (im Dreieck zwischen der Güterumgehungsbahn und der Eisenbahnstrecke Breslau—Neppen) zu vergeben. Bewerber wollen sich umgehend im Kleingartenamt, Breite Straße 25, in der Zeit von 8—14 Uhr melden.

**Die Städtische Sparkasse** zu Breslau hält ihre sämtlichen Kassenräume am Ostersonnabend, dem 30. März 1929, geschlossen. Für Wechselzahlungen ist ein Schalter der Giroabteilung, Roßmarkt 7/9, von 11—13 Uhr geöffnet.

**Achtung!** Donnerstag, den 28. März, veranstaltet die Abteilung 2 des RFB. von 18,30—19,30 Uhr ein Platzkonzert auf dem Neumarkt.

# Mittelschlesien

## Wohlau

### Revolte in der hiesigen Erziehungsanstalt

**Am Sonntagnachmittag brach in der 11. Abteilung der hiesigen Erziehungsanstalt eine Meuterei aus. Die Zöglinge dieser Abteilung waren vormittags nicht in die Kirche gegangen und sollten dafür drei Stunden Strafarbeit und Strafappell erhalten. Die Jungen verbarrikadierten die Türen sofort mit Bettstellen und Schränken. Sie ließen keine Beamten herein und verweigerten das Oeffnen. Der Direktor mit einigen Beamten verschaffte sich durch Leitern Zutritt in die Zimmer, welche im 1. Stock liegen. Ein Teil der Jungen wurde sofort in die Zellen gesperrt. Als Strafe muß die ganze Abteilung die Woche alle Freizeiten durcharbeiten. — Das ist Jugenderziehung in der deutschen Republik. So werden die Zöglinge mit Gewalt in die Kirche gejagt und verdummt. Und dabei soll Wohlau eine Musteranstalt sein. Wie mag es erst in den übrigen aussehen?**

## Erwerbslose!

erscheint heute nachmittag 14,30 Uhr zahlreich in der Erwerbslosenversammlung in den

**„Zentralballsälen", Westendstraße**

Thema:

**Wer erhält die Wirtschaftsbeihilfe?**

Der Landes-Erwerbslosenausschuß

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

**Breslau**

— Stadtteil Nord. Unterkassierer Donnerstag von 17—19 Uhr bei Genossen Schubert abrechnen.

**Altwasser.** Mittwoch Versammlung der Straßen- und Betriebszellenmitglieder im „Eisernen Kreuz".

### Kommunistischer Jugendverband

**Breslau**

— Gruppe Süd. Mittwoch fällt der Heimabend aus. Alles geht zur Kundgebung in den „Zentralballsaal".

### Jung-Spartakus-Bund

**Breslau**

— Gruppe Lenin (Süd). Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Zanke, Friedrichstraße 41.

— Gruppe Schottländer (Nord). Donnerstag 18 Uhr Heimabend in der „Stadt Namslau", Matthiasstraße.

### Roter Frontkämpfer-Bund

**Breslau**

— Abt. 2. Mittwoch von 19—21 Uhr Musikübungsstunde der Kapelle bei Melzig, Uferstraße. Erscheinen aller ist Pflicht.

— Abt. 3. Alle Kameraden beteiligen sich heute am Aufmarsch der Roten Jungfront. Kapelle vollzählig bei Schneider, Rosenstraße, um 10 Uhr.

**Landeshut.** Mittwoch 17,30 Uhr treten sämtliche Kameraden sowie die Kapelle des RFB. zum Propagandamarsch im „Gasthof zur Sonne" an.

### Rote Jungfront

**Breslau**

— Freitag 10 Uhr Gesamtfunktionärsitzung im Gaubüro.

**Waldenburg.** Freitag früh 7 Uhr Antreten am Sonnenplatz in Bundeskleidung.

### Sonstige Organisationen.

— Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Freitag (Karfreitag) 18,30 Uhr im Gruppenlokal bei Rother, „Odergarten", Matthiasstraße 35, Vorstandssitzung in Gemeinschaft der SAJ.

**Salzbrunn.** Freie Schwimmer. Freitag um 15 Uhr Monatsversammlung im Freibad. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

# Die „ernste, verantwortungsvolle" Arbeit der SPD.-Stadtverordneten

### Der „Agitations"antrag der Kommunisten und was die SPD. daraus machte

„Die Kommunisten wollen dem Proletariat ja gar nicht helfen. Wenn sie in den Parlamenten irgendwelche Anträge stellen, so sind dies nur Agitationsanträge, die einfach unerfüllbar sind. Bei den Beratungen im Plenum über ihre Anträge reißen sie das Maul weit auf, bei Beratungen aber in den Ausschüssen, wo von der SPD. die verantwortungsvolle Arbeit geleistet wird, da schwänzen gewöhnlich die Kommunisten die Sitzungen, aber sie wissen nichts zu sagen." Diese Sätze kann man öfters in der SPD.-Presse lesen. Gewöhnlich dann, wenn von den Kommunisten in den Parlamenten ein Antrag gestellt wird, der der SPD. äußerst unangenehm ist.

Wie sieht nun die „verantwortungsvolle" Arbeit der SPD. in den Ausschüssen aus? Ein Beweis dafür ist das Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion anläßlich der Beratungen über den von den Kommunisten im Breslauer Stadtparlament eingebrachten Antrag auf außerordentliche Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen.

Nachdem die erste Beratung in der Stadtverordnetenversammlung am 21. Februar 1929 durch die Sabotage der SPD. unterbunden war, kam der Antrag erstmalig am 7. März zur Beratung und wurde natürlich dem Ausschuß VIII überwiesen. Nun setzte die „ernste, verantwortungsvolle Arbeit der SPD." ein. Wie sie aussah, wird weiter unten gezeigt werden. Nach den Berechnungen des Dezernenten des Wohlfahrtsamtes hätte der Antrag bei 71 000 Familien rund 4 Millionen Mark erfordert. Diese Berechnung ist stark anzuzweifeln, denn wenn 71 000 hilfsbedürftige Familien in Breslau vorhanden wären, so würde das bedeuten, daß rund die Hälfte aller Breslauer Einwohner von der Gnade des Wohlfahrtsamtes abhängig sind, eine Tatsache, für deren Richtigkeit kein Beweis vorhanden ist. Die SPD. schlug natürlich sofort vor, erst einmal die Sätze der Beihilfe herabzusetzen, und zwar auf ein Drittel der von uns geforderten. Weiter formulierte sie, daß der Kreis der Empfangsberechtigten ebenfalls herabgesetzt werden sollte auf nur wenige Gruppen. Die Kommunisten verlangten daraufhin, daß der Personenkreis wie folgt festgelegt werde:

a) sämtliche Erwerbslose, die vom Wohlfahrtsamt betreut werden,
b) die Empfänger von Krisenunterstützung,
c) die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, die vom Wohlfahrtsamt eine Zusatzunterstützung erhalten,
d) kinderreiche Erwerbslose, die keine Zusatzunterstützung erhalten,
e) die Schützlinge des Wohlfahrtsamtes, die nach den Richtsätzen der allgemeinen und der gehobenen Fürsorge betreut werden.

Die Kommunisten nahmen hierbei den Standpunkt ein, daß, wenn schon bei den Bedürftigen differenziert werden soll, dann tatsächlich auch nur die Bedürftigsten unter den Bedürftigen für die Zahlung der Beihilfe in Frage kommen sollten. Dieser Personenkreis fand aber ebenfalls nicht die Zustimmung der SPD. Da sie nach ihrer Meinung nur die Einzigen sind, die auf sozialpolitischem Gebiet die größten Kenntnisse haben, formulierten sie folgenden Antrag:

„Der Magistrat ist zu ersuchen, den ausgesteuerten Erwerbslosen sowie den Klein- und Sozialrentnern eine einmalige Winterbeihilfe zu gewähren, die für jeden Haushaltungsvorstand 9 Mark, für jede Ehefrau 6 Mark und für jedes versorgungspflichtige Kind 3 Mark betragen soll. Der kommunistische Antrag ist dadurch für erledigt zu erklären."

Dieser Kompromißantrag fand die Zustimmung des Ausschusses und wurde der Stadtverordnetenversammlung am 21. März vorgelegt.

Da dieser Antrag große Ungerechtigkeiten enthielt (es erhalten z. B. Gruppen von Hilfsbedürftigen die Beihilfe, die bedeutend besser gestellt als andere Gruppen, die vollkommen leer ausgehen, was die weiter unten folgende Aufstellung beweist), brachten die Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung einen Zusatzantrag ein, der wenigstens eine der großen Härten beseitigen sollte. Der Zusatzantrag lautete:

„Die vom Ausschuß VIII beschlossene einmalige Wirtschaftsbeihilfe ist auch den Erwerbslosen, die Zusatzunterstützung vom Wohlfahrtsamt erhalten, zu gewähren."

Dieser Zusatzantrag hätte bei 4568 Fällen mit durchschnittlich 18 Mark ungefähr 80 000 Mark erfordert, ein Betrag, der selbst für die schlechten Finanzen der Stadt ohne weiteres erträglich war. Aber selbst diesen Zusatzantrag lehnten die Sozialdemokraten ab, so daß nur der Ausschußantrag angenommen wurde.

An Hand nachstehender Aufstellung wird gezeigt, wie die Verteilung der Beihilfe vorgenommen werden soll. Die angeführten Zahlen geben die Höhe der monatlichen Unterstützung an:

| | Es erhalten die Beihilfe nicht: | Es erhalten die Beihilfe: | | |
|---|---|---|---|---|
| | | Erwerbsl., die | | |
| | Allgemeine Fürsorge | Zusatzunterst. erhalten | Gehobene Fürsorge Sozialrentn. | Gehobene Fürsorge Kleinrentn. |
| Alleinstehende: | 40.— | 54.— | 51.— | 51.— |
| Verheiratete: | 61.— | 70.— | 77.— | 77.— |
| „ mit 1 K.: | 78.— | 83.— | 94.— | 103.— |
| „ mit 2 K.: | 95.— | 92.— | 111.— | 129.— |
| „ mit 3 K.: | 112.— | 103.— | 128.— | 155.— |

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß z. B. die Kleinrentner, die sowieso schon die höchste Unterstützung erhalten, in den Genuß der Beihilfe kommen, während die mit 50 Mark weniger unterstützten Erwerbslosen leer ausgehen. Ohne weiteres wird zugegeben, daß Klein- und Sozialrentner ebenfalls bedürftig sind und eine Beihilfe benötigen. Es geht aber nicht an, daß man Gruppen von Hilfsbedürftigen, die noch schlechter unterstützt werden, von der Zahlung einer Beihilfe ausschließt.

So sieht also die „ernste verantwortungsvolle" Arbeit der SPD. in den Ausschüssen aus. Die Arbeiterschaft wird daraus ihre Lehren ziehen, wenn die sozialdemokratische Presse wieder von „kommunistischen Agitationsanträgen" schreibt.

# Sozialdemokratische Ablenkungsmanöver

## zur Deckung der Löbeschen Gewaltmaßnahmen

Am 16. d. M. veröffentlichten wir eine Liste, in der Löbes Gewaltmaßnahmen gegen die kommunistische Reichstagsfraktion zusammengestellt waren. Die „Volkswacht" nimmt in ihrer Montagnummer — nachdem sie wochenlang zu unseren Angriffen geschwiegen hat — zu unserem Artikel Stellung. Sie ist nicht in der Lage, auch nur eine der von uns festgestellten Taten Löbes zu bestreiten und verteidigt diese mit der Notwendigkeit, die Ruhe und Ordnung des Hauses aufrechtzuerhalten. Ein „Argument", das bekanntlich die konservativen Reichs- und Landtagspräsidenten immer anwandten, wenn sie in der Vorkriegszeit die SPD., die damals noch Arbeiterinteressen vertrat, mundtot machen wollten. Kein Arbeiter wird auf diesen faulen Zauber hereinfallen. Vielleicht erklärt einmal das sozialdemokratische Blatt seinen Lesern, was die Beschimpfung des kommunistischen Abgeordneten Torgler durch den Biedermann Löbe mit der sogenannten „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" zu tun hat. Wie die „Volkswacht" nicht zu bestreiten wagt, hat Paul Löbe in der Sitzung vom 28. Februar wörtlich erklärt:

**„Der Abgeordnete Torgler hat wie immer die Unwahrheit gesagt."**

Der sozialdemokratische Präsident des Reichstages benutzte also sein Präsidentenamt, um einen kommunistischen Abgeordneten der gewohnheitsmäßigen Lüge zu zeihen. Und als unsere Genossen Torgler und Stoecker gegen die provokatorische Beleidigung protestierten, ließ er sie durch Polizei aus dem Reichstag entfernen. Das ist Paul Löbe! Erst hämische Provokationen, dann Gewaltakt unter Berufung auf die Ordnung des Hauses! Die Provokationen des Herrn Löbe liegen so offen zutage, daß alle Routine sozialdemokratischer Schreiberlinge, eine Wahrheit in ihr Gegenteil zu verwandeln, sie nicht wegdiskutieren kann. Um nun von den Taten ihres Seniorchefs Löbe abzulenken, veröffentlicht die „Volkswacht" eine lange Gegenliste über Löbes angebliche Hilfsmaßnahmen für kommunistische Abgeordnete. Das ist ein dummschlaues Ablenkungsmanöver! Zur Debatte steht nicht, ob Löbe einem kommunistischen Abgeordneten einen Paß besorgt hat, ein Telegramm mit unterzeichnete, sondern zur Debatte steht nur, ob Löbe sein Präsidentenamt mißbraucht im Interesse seiner Partei und der Bourgeoisie. Im übrigen ist Löbe als Reichstagspräsident verpflichtet, einzugreifen, wenn die Interessen der Abgeordneten oder ihre Immunität verletzt wird.

Im Fettdruck protzt die „Volkswacht" ferner mit der Behauptung, daß Löbe die Begnadigung eines Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung" durchgesetzt haben soll. Wir haben bereits vor drei Jahren, als diese Behauptung zum ersten Male in der „Volkswacht" auftauchte, sie als unwahr zurückgewiesen.

Der betreffende Genosse ist weder durch Löbes Vermittlung noch durch eine andere begnadigt worden. Er wurde 1923 zweimal zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt und hat beide Strafen, wie aus seinem Strafregister hervorgeht, in Kletschkau restlos bis auf den letzten Tag abgesessen. Es ist ihm kein Tag geschenkt worden, im Gegenteil, die republikanischen Justizbehörden, die allen völkischen Banditen Straferlasse bis zu einem Drittel und der Hälfte bewilligten, weigerten sich, eine mehrwöchige Schutzhaft auf die Strafhaft anzurechnen. Als der Genosse nach Verbüßung der ersten Gefängnisstrafe in Haft bleiben sollte, weil durch eine Schluderei des Militärbefehlshabers der Vermerk über die Schutzhaft nicht getilgt war, wollte sich die Ehefrau des betreffenden Genossen 1924 an den Reichsanwalt wenden, da sie annahm, es laufe noch eine Untersuchungshaft gegen ihren Mann. Sozialdemokratische Verwandte rieten ihr, sich an Löbe zu wenden, damit dieser einen Brief an den Reichsanwalt schreibe. Das hat Löbe getan, genau vor fünf Jahren. Es wurde festgestellt, daß das Hochverratsverfahren gegen den Genossen längst eingestellt war und er seine „Ueberhaft" jener Willkür verdankte, die in dieser Zeit infolge des Ebertschen Ausnahmezustandes Triumphe feierte. Von einer Begnadigung zu reden und der „Arbeiter-Zeitung" zuzumuten, nun in ewiger Dankbarkeit über die Gewaltmaßnahmen Löbes gegen kommunistische Abgeordnete den Mantel der Liebe zu decken, dazu gehört die Borniertheit des Herrn Darf und seiner Kollegen.

## Achtung § 218! Nur für Frauen!

finden am Gründonnerstag, 28. März, 5 u. 8 Uhr, im Gewerkschaftshause

**2 geschlossene Aufklärungs-Vorträge**

mit dem Film

**Der Fall der Sonja Petrowa**

statt. Es spricht über **das Thema der Abtreibung und über den § 218** der Frauenarzt Dr. Neufeld unter besonderer Berücksichtigung der Aufklärung und der Vorbeugung bei der arbeitenden Frau.

Das Eintrittsgeld ist für diese Filmveranstaltung ermäßigt und beträgt nur **30** Pfennige.


**Unerreicht billige Preise!**

Nur wirklich erprobte Qualitäten gelangen zum Verkauf!
Eigene Herstellung!

**Herren-Anzüge** neueste Muster, ein- u. zweireih. **nur 19.50**

**Elegante Kammgarn- u. Gabardine-Anzüge** farbig und blau, ein- und zweireihig, beste Qualität. Ersatz für Maß . . . . . von **32.00** Mk. an

**Sport-Anzüge** dauerhafte Stoffe, nur **23.00**

**Burschen- und Knaben-Anzüge**, reichliche Auswahl **weit unter Preis**

**Frühjahrs-Mäntel**, mit und ohne Ringgurt, streng modern . . . . . **23.00**

**Breecheshos. 5.50, Knickerbock. 5.85**

**Windjacken 6.50**

**Tuch- u. Maßgeschäft**

**Cheinowitz**

**Teichstr. 27, parterre**

Kein Laden! 3 Minuten vom Hauptbahnhof.

# Waldenburger Bergland

## SPD.-Gemeindevertreter verdienen sich einen Rosenkranz

Vergangene Woche fand eine Sitzung des Nieder-Hermsdorfer Gemeindeparlaments statt. Für den Gemeindekindergarten sind von der Regierung ganze 300 Mark bewilligt worden. Eine Nachforderung wird unumgänglich notwendig sein. Ueber den Schulhausneubau entspann sich eine rege Debatte. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft protestierte gegen die Verwendung des Neubaues für die Hilfs- und die weltliche Schule. Die Kommunisten prangerten die ewige Verschleppungspolitik an. An reichseigenen Bergmannswohnungen sollen in Nieder-Hermsdorf nur drei Häuser mit je zwölf Wohnungen gebaut werden, angeblich, weil das Gelände für größere Häuser nicht geeignet sei. In der vorhergehenden Sitzung war die Rede von 72 Bergmannswohnungen. Die Kommunisten beantragten, den Gemeindevorstand aufzufordern, mit der Grubenverwaltung weitere Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die beschlossenen 72 Wohnungen doch noch zu bauen. Gegen die Gebührenordnung für den Turn-, Spiel- und Sportplatz stimmten nur die Kommunisten und zwei Zentrumsleute. Die Sozialdemokraten und die anderen Vertreter wollen erst Erkundigungen bei anderen Gemeinden einholen. Die Bewilligung der Kursuskosten an der Schlesischen Beamtenfachschule in Breslau wurde trotz Protestes der Kommunisten mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Bürgerlichen in die geheime Sitzung verwiesen. Gegen die Verlängerung der Wahlzeit des Berufsschulvorstandes bis 193[illegible] stimmten nur die Kommunisten. Die Kosten für die örtliche Wohnungsfürsorge wurden bewilligt. Darauf kam der kommunistische Dringlichkeitsantrag gegen das Konkordat zur Debatte. Der Antrag lautete:

**„Die Gemeindevertretung fordert von der preußischen Staatsregierung, die schwebenden Verhandlungen mit dem Episkopat über ein abzuschließendes Konkordat abzubrechen. Der Abschluß eines Konkordats dürfte zweifellos eine hohe, schwer zu verändernde finanzielle Belastung des Staatshaushaltes einerseits und der werktätigen Massen andererseits bedeuten. Die Gemeindevertretung ersieht in solchen Abmachungen auch eine neue Belastung der Gemeinden durch Verkürzung ihrer Einkünfte, die dann eintreten würden. Die Gemeindevertretung steht vielmehr auf dem Standpunkt, dieses mit allen Mitteln verhindern zu helfen und fordert von der preußischen Staatsregierung, die voraussichtlichen Beträge den notleidenden Gemeinden im Osten Deutschlands zum Zwecke des Wohnungsbaues und zur Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben zu überweisen."**

Die Sozialdemokraten hatten nicht den Mut, gegen die Dringlichkeit zu stimmen, dafür schlugen sie vor, den Antrag dem Vorortsverband zu überweisen, weil es ihnen bekannt ist, daß dort eine bürgerliche Mehrheit besteht und der Antrag bestimmt in den Papierkorb wandern wird. Die Sozialdemokraten erklärten, es handle sich um einen kommunistischen Agitationsantrag, auch würde bei seiner Annahme der Bürgermeister Schwierigkeiten haben. (!) Wie die Führer oben sungen, so zwitschern halt die Hermsdorfer kleinen „Größen". Die anwesenden freireligiösen Arbeiter waren über die Haltung der Sozialdemokraten äußerst empört. Wie verlautet, beabsichtigen die Zentrumsvertreter in der Kirche neue Rosenkränze zu weihen, um sie den sozialdemokratischen Vertretern als Gegenleistung für ihre tapfere Haltung bei dem Antrag gegen das Konkordat zu schenken.

### Ergebnis der Betriebsrätewahl auf der Melchiorgrube

Die freien Gewerkschaften erhielten 2047 Stimmen, 12 Betriebsratsmitglieder und 1 Ergänzungsmitglied.

Christliche 297 Stimmen, 1 Mitglied und 1 Ergänzungsmitglied.
Christliche 292 Stimmen, 1 Mitglied und 1 Ergänzungsmitglied.

Die Wahlbeteiligung betrug etwa 77 Prozent. Der Opposition gelang es, trotz reformistischer Sabotage, ihre Mandate im Arbeiterrat um eins zu vermehren.

**Weißstein.** Fußball. Am Sonntag standen im Serienspiel Weißsteins erste und zweite Elf gegen Zirlaus erste und zweite Elf. Das Spiel der zweiten Elf galt schon als interessant und konnte von Weißstein mit 4:0 gewonnen werden. Das Spiel der ersten Elf, welches als ein sauberes Spiel zu betrachten war, wurde von Zirlau mit 4:0 gewonnen. Trotzdem die Weißsteiner den Zirlauern im Spiel gleich standen, konnte es ihnen nicht gelingen, einen Treffer zu erzielen. Das Spiel war offen und spannend bis zur letzten Minute.

— Achtung, Weißsteiner Fußballer! Alle Braunau-Fahrer haben sich selbst die Ausweise mit Grenzübertrittsbescheinigung auf dem Polizeibüro Weißstein bis spätestens Donnerstag zu besorgen. Abfahrt ist von Konradsthal am Sonnabend um 15,47 Uhr.

**Dittersbach.** Die nächste öffentliche Gemeindevertretersitzung findet am Donnerstag, dem 28. März, nachmittags 5 Uhr im Gemeindeverordneten-Sitzungssaale statt.

## Freiburg

**Wir marschieren aufs Land.** Am Sonntag veranstaltete der RFB. einen Landsonntag. Um 9 Uhr früh ging es trotz des Regens vom „Kreuz" aus hinaus zu unseren Klassenbrüdern auf dem Lande. Als Marschroute waren folgende Orte vorgesehen: Oelse, Stannowitz, Zedlitz, Wickendorf, Arnsdorf, Zirlau und zurück nach Freiburg. — 200 Stück Zeitungen und Flugblätter wurden verteilt und verkauft. Kameraden, heran an die Arbeit, hinaus aufs Land, ist die Parole. (Am Sonntag Antreten der Kapelle am „Bär" um ½10 Uhr, Zirlau, zum Abholen der Sportler vom Bahnhof.)

**Liebau.** Schmutzige Wäsche. In Nummer 59 der „Bergwacht" bringt ein Liebauer abgewirtschafteter Hausbesitzer unter Assistenz des jetzigen Liebauer Berichterstatters einen Artikel gegen die Familie Strecker, der nur Verleumdungen enthält und niedrigster Gesinnung entspringt. Der Berichterstatter der „Bergwacht", Kurichen Nummer 2, wäscht bei dieser Gelegenheit seine schmutzige Wäsche mit, da es ja gegen Arbeiter geht. Das Urteil des größten Teils der „Bergwacht"-Leser und freiorganisierten Arbeiter überhaupt erging sich über diesen Artikel dahin, daß eine Zeitung, wie die „Bergwacht", die sich als Arbeiterzeitung ausgibt, sich auf ganz niedriges Niveau begeben hat, wenn sie im Interesse eines bürgerlichen Faxlen im Familienleben eines Kommunisten herumkramt, um dadurch eine Familie politisch zu treffen. Es ist gründlich vorbeigelungen. Die Arbeiterinnen waren der Meinung, sofern jetzt eine Stube nicht aufgeräumt ist und das Waschgeschirr nicht am richtigen Platze steht, dies wahrscheinlich am nächsten Tage in der „Bergwacht" stehen wird. Seht euch als verantwortliche Nachtgeschirr-Redakteure in euren Reihen einmal um, oder sollen wir einmal hineinleuchten? Nein, wir lehnen als Kommunisten einen solchen Kampf trotz politischer Differenzen unter den Arbeitern ab. Auf politischer und wirtschaftlicher Plattform wollen wir diesen Kampf führen, aber nicht im Familienleben herumschnüffeln, da wir uns ja damit auf denselben Tiefstand der Spießbürgerlichkeit begeben würden, wie es jetzt die „Bergwacht" tut. Ja, von Moskau kommen wohl keine roten Schlipse, Anzüge und Spaltröcke für die Kommunisten. Nein, von Moskau kommt die Hoffnung, daß wirklich die Arbeiter im nationalen und internationalen Maßstabe die Kraft besitzen werden, gestützt auf die Kommunistische Partei und ihre Presse, den Kapitalismus zu besiegen. Besiegen wollen wir nicht einige Nachtgeschirr-Redakteure von Liebau, nein, diese werden an ihrem Dreck selbst ankommen.

— Aus dem Stadtparlament. Schon lange vor Beginn jener Sitzung hatte man den Zuhörerraum gesperrt, trotzdem noch genügend Platz war und auch noch eine große Anzahl Zuhörer im Hausflur stand. Auf Protest unserer Genossen ließ man die Plätze im Zuhörerraum besetzen. Grund der Sperrung waren die Erwerbslosenanträge an den Magistrat um Wirtschaftsbeihilfe, welche alle in den Papierkorb wanderten. Ferner lagen auch dieses Mal Anträge von den Erwerbslosen vor. Die Wahl der Etatprüfungskommission erfolgte einstimmig. Genosse Strecker wurde mit hineingewählt. In Sachen der Beheizungsanlage im Rathaus wurde dem Magistratsbeschluß mit Mehrheit zugestimmt. Genosse Strecker erklärte, daß man auch in den Schulen Zentralheizung schaffen muß. Wenn die Proletarierkinder hungern müssen, so soll man ihnen wenigstens eine warme Schulklasse geben. Es wurde beschlossen, 600 Mark in Form von Steinbruchmaterial für den Ausbau der Straße Liebau—Blosdorf zu bewilligen. Von seiten des Kreisbaumeisters lag ein Kostenanschlag vor, wonach bei richtigem Ausbau der Straße die Kosten 78 000 Mark betragen würden. Als einmalige Unterstützung für die Erwerbslosen wurden vom Magistrat 350 Zentner Kohle vorgeschlagen. Doch nur unter der Bedingung, wenn der Kreis 70 Prozent davon übernimmt. Genosse Strecker protestierte dagegen. Es würde gar nichts schaden, wenn man der Reichswehr einige Millionen weniger gäbe und einen Panzerkreuzer weniger baute. Genosse Albrecht führte aus, daß den Erwerbslosen mit 350 Zentner Kohle verdammt wenig gedient ist, und er beantragte, 600 Zentner zu bewilligen, auch wenn der Kreis die 70 Prozent nicht trägt. Dieser Antrag löste bei den Bürgerlichen Verwirrung aus, und ihre Fraktion zog sich zu einer Beratung zurück. Vielleicht trugen die erschienenen Erwerbslosen mit dazu bei, daß die Bürgerlichen dem Antrage des Genossen Albrecht zustimmten. Genosse Strecker richtete an den Magistrat die Anfrage, ob es nicht möglich wäre, Kohle durch das Gaswerk zum Selbstkostenpreise an die Minderbemittelten abzugeben. Dies wurde zugesagt. In einem Schreiben des Zimmermeisters Stocker verlangte dieser, daß Genosse Albrecht die von ihm seinerzeit gemachten Anschuldigungen (betreffs Entlassung von Arbeitern und nichttarifliche Entlohnung) zurücknehmen sollte. Genosse Albrecht erwiderte, daß er gar nicht daran denke, auch nur ein Wort von dem früher Gesagten zurückzunehmen, denn Stocker gibt in seinem Schreiben selbst zu, daß das, was Genosse Albrecht gesagt hatte, seine Richtigkeit hat. Nachdem noch zwei Danksagungen vorgelesen wurden, schloß sich der öffentlichen eine geheime Sitzung an. Arbeiter, besucht mehr denn je die Stadtverordnetensitzungen!

# Tielsch-Porzellanarbeiter stellen der Betriebsleitung ein Ultimatum

### — Der Betriebsratsvorsitzende steht auf seiten der Unternehmer

Am Donnerstag nahm die Belegschaft der Porzellanfabrik Tielsch zu dem am 14. und 15. März in Nürnberg gefällten Schiedsspruch Stellung. Der Verbandsangestellte Kühn, der an den Verhandlungen teilgenommen hat, gab den Bericht. Sehr wohl war ihm anscheinend nicht dabei. Er sprach ziemlich ¾ Stunde um die einfache Tatsache, daß die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen

**eine Lohnzulage nicht erhalten.**

Nach dem Schiedsspruch zum Lohnabkommen werden die Mindestlöhne und Akkordbasen um 1 bis 3 Pfennig erhöht. Beim Ueberzeitabkommen wird der Zuschlag von 15 auf 20 Prozent erhöht. Die Lohnerhöhung kommt nur für die Zeitlöhne in Frage, die in der Porzellanindustrie eine verschwindende Minderheit sind. Alle Akkordarbeiter erhalten nichts. Kollege Malzer als erster Diskussionsredner erklärte, daß dieser Schiedsspruch den Wünschen der Unternehmer in bezug auf Lohnabbau weitgehendst Rechnung trägt. Bleiben diese niedrigen Tariflöhne bestehen, so werden die Unternehmer weiter in der Lage sein, die Stückpreise zu drücken und aus den Arbeitern das letzte herauszuholen. Auf der anderen Seite ist zu verzeichnen, daß Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände immer teurer werden. Malzer kritisierte scharf die Haltung der Verbandsleitung und zitierte einige Redewendungen des Vorsitzenden des Keramischen Bundes bei den Verhandlungen. Will die Arbeiterschaft die Hoffnung auf eine Lohnerhöhung nicht von vornherein begraben, so muß sie die

**Organisierung des Kampfes selbst in die Hand nehmen.**

Notwendig ist jetzt, daß die Forderungen sofort bei der Betriebsleitung eingereicht werden und bei Ablehnung der Kampf begonnen wird. Zur Ueberreichung der Forderungen und Leitung der weiteren Schritte sei die Wahl einer Kommission nötig. Die Kollegen Buhl, Assert und Bittner (SPD.) sprachen beistimmend zu den Ausführungen des Kollegen Malzer. Bittner sagte, die Verbandsangestellten schielten immer zuerst, wie es der Industrie gehe, statt sich um die Arbeiter zu kümmern; weiter mahnte er zur Eile, sonst könnte Wissell den Spruch für verbindlich erklären. Der Betriebsratsvorsitzende, die rechte Hand der Direktion, fragte die Versammelten, ob sie wirklich ernsthaft mit einer Lohnzulage gerechnet hätten, und betonte dann, daß es den Fabriken wirklich schlecht gehe. Diese Direktionsstütze ist wirklich unübertrefflich! Die Versammlung war über die Frage etwas verdattert. Kühn versuchte im Schlußwort einige Kollegen der Verhandlungskommission, von denen er annahm, daß es Kommunisten seien, zu verdächtigen; weiter drohte er dem Kollegen Malzer, daß er einmal zu Lohnverhandlungen geschickt werden könnte und dann auch nichts Besseres zu machen in der Lage wäre. Wer ist denn der Auffassung, daß die Lohnfrage am Verhandlungstisch entschieden wird? Der Antrag des Kollegen Malzer, die Forderungen sofort der Betriebsleitung zuzustellen, wurde angenommen. Der Antrag, eine Kommission zu wählen, wurde durch eine zweifelhafte Abstimmung hintertrieben.

**Porzellanarbeiter, verstärkt den Vorstoß. Organisiert sofort in allen Betrieben Belegschaftsversammlungen! Beschließt, die aufgestellten Forderungen aufrechtzuerhalten! Wählt Kampfleitungen und nehmt die Fühlung von Betrieb zu Betrieb auf! Durchbrecht den Schlichtungsschwindel! Nehmt den Kampf auf ohne Rücksicht auf die Maßnahmen des Schlichters und die Ansichten der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.**

# Niederschlesien

## Görlitz

### Delirium tremens

Menschen, die an dieser Krankheit leiden, sind im allgemeinen bemitleidenswerte Opfer ständigen, allzu reichen Alkoholgenusses. So groß unser menschliches Bedauern mit derartigen Kranken auch sein mag, so ist es doch die Pflicht der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß nicht Arbeitergroschen dazu dienen, um die krankhaften Neigungen derartiger Sumpfblüten weiter zu befriedigen. Schon oft haben wir uns mit dem ersten Bevollmächtigten des DMV. Görlitz, Walther Thrun — der bezeichnenderweise allgemein als „Thrun im Tran" bekannt ist — beschäftigen müssen. Hier wieder ein Vorfall aus den letzten Tagen: Im „Volkshaus"-Restaurant sitzt wie gewöhnlich (wenn er nicht im „Kaiserhof" ist) Walter Thrun und gießt einen Schoppen nach dem anderen mit beängstigender Gleichmäßigkeit (Fließbandarbeit) in sich hinein. Um ihm herum seine Kumpane, darunter auch Kollege Herning, der zweite Bevollmächtigte des DMV., und Herr Marquardt, der wegen organisationschädigenden Verhaltens aus dem Internationalen Bund ausgeschlossen wurde. Die ganze Gesellschaft (mit Ausnahme von Buchwitz, der erst später sich in diese würdige Tafelrunde einreiht) ist in einem Zustand, den man mit dem Wort „besoffen" nur annähernd umschreiben kann. Plötzlich entsteht zwischen Thrun und einem Invaliden, der sich mühsam auf zwei Stöcken fortbewegt, Streit. Es droht zu einer Schlägerei zu kommen. Thrun brüllt mit heiserer Stimme, daß das ganze Lokal zusammenläuft. Natürlich wird nicht der Radaumacher Thrun entfernt, sondern der Invalide, der in seiner Aufregung dem „Stammtisch" einige treffende Worte zuruft. In seiner Wut über die unerwünschte Störung bei der Vertilgung der allabendlich gewohnten —zig Schoppen überhäuft nun Thrun seinen Parteigenossen Marquardt mit Vorwürfen, daß dieser den ungebetenen Gast erst hereingebracht hätte. Marquardt, den die „Volkszeitung" noch am 10. Februar als Vorbild für die zur „Mutterpartei zurückkehrenden Schäflein" hingestellt hatte, verteidigt sich: „Ich bin — hup — mit — hup — reinem Gewissen — hup — und aus voll- — hup — ster Ueberzeugung zur — hup — SPD. zurückgekommen!" — Thrun brüllt ihn an: „Du bist ein Lump! Dich muß man rausschmeißen!" Und als er diesen zarten Wink nicht versteht, heißt es: „Mach, daß du von unserm Tisch kommst, wir wollen jetzt unter uns (Saufkumpanen) bleiben!" Aber die gleichgesinnten Seelen fanden sich bald, indem sie nun gemeinsam auf die „Arbeiter-Zeitung" schimpften und Pläne gegen den Erwerbslosenausschuß schmiedeten. Und siehe da, nun war man wieder ein Herz und eine Seele. Der Frieden war geschlossen und zärtlich prostete man sich zu. Das „Fließband" trat in Tätigkeit, Schoppen auf Schoppen wurde hinuntergespült. So sieht der prominente Vertreter der Görlitzer Metallarbeiter aus.

Br. 1

#### Gastwirtschaftsangestellte vor dem Kampf

Die Gastwirtschaftsangestellten von Görlitz stehen vor einem Lohnkampf. Die Lage ist bisher so, daß die Unternehmer einen Gehaltsabbau von 50 Prozent angekündigt haben. Von seiten des Verbandes ist eine Forderung auf zehnprozentige Erhöhung gestellt worden. Diese Erhöhung, die bei einer Garantiesumme von monatlich 145 Mark also 14,50 Mark betragen würde, ist selbstverständlich vollkommen ungenügend und entspricht nicht im geringsten den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und den Forderungen der Kollegen. Trotzdem haben einige Unternehmer die Stirn, im Falle einer Erhöhung den Wegfall der 2 Mark, die täglich als Abgeltung für Wohnung und Essen gezahlt werden, anzukündigen. Wir werden auf diese Angelegenheit noch in den nächsten Tagen zurückkommen. Schon jetzt aber rufen wir die Kollegen auf, ausreichende Forderungen aufzustellen, um dem Angriff der Unternehmer entgegenzutreten. Nur dann, wenn die Gastwirtschaftsangestellten durch Bildung von selbstgewählten Kampfleitungen sich schon jetzt auf die kommende Auseinandersetzung vorbereiten, werden sie allen Abwürgungsversuchen der Gewerkschaftsbürokratie entgegentreten und zu einem Erfolg kommen können.

#### Oeffentliche Versammlung

Donnerstag 8 Uhr im „Habsburger Hof". Referent Genosse Meyer-München. Thema: „Koalitionspolitik."

## Lauban

Wie eine Bombe schlug unser Artikel „Der ADGB. vergeudet Gewerkschaftsgelder" bei den hiesigen Gewerkschaftsmitgliedern und vor allen Dingen beim Vorstand selbst ein, so daß sie sich bis heute noch nicht von ihrem Schreck erholt haben und vollkommen tatenlos die Vorwürfe der Gewerkschaftsmitglieder über sich ergehen lassen. In ihrer Verzweiflung versuchen sie, die Behauptungen unseres Berichterstatters als Lüge hinzustellen, haben aber leider kein Glück damit. Ja, Freund Elger und Werner, in eurer Haut möchten wir heute nicht stecken. Ueberhaupt, Freund Werner, wo bleibt die gerichtliche Klage, die du dem technischen Leiter des Roten Frontkämpferbundes persönlich angedroht hast? Hast du dir die Sache anders überlegt? Du glaubst wohl, nicht verantworten zu können, daß du außer den bereits ausgegebenen 25 Mark noch Gerichtskosten bezahlen kannst. Du hast wohl jetzt genügend Aufklärung bekommen, daß du als Kassierer des Ortsausschusses Gewerkschaftsgelder für andere Zwecke auszugeben hast, als wie du beabsichtigst? Oder hast du Angst, euer Verhalten käme erst dadurch richtig ans Tageslicht? Also gib darüber Aufklärung. Du kannst es ja in der „Görlitzer Volkszeitung" tun, die bis jetzt den von uns angeführten Fall ihren Lesern verschwiegen hat. Daß wir vor einer gerichtlichen Klage keine Angst haben, haben wir euch ja persönlich erklärt. Also los, wenn ihr euch noch mehr blamieren wollt, es kommt ja bei euch auf einmal mehr nicht an. Als verrückt haben euch ja schon eure besten Freunde und Funktionäre von den Gewerkschaften und sogar die vom Reichsbanner bezeichnet. Also nur weiter so, und man erkennt auch langsam in euren Kreisen, wer die Schädlinge der Arbeiterbewegung sind.

## Goldberg

**Märzgefallenenfeier.** Am letzten Sonnabend veranstaltete der RFB. Ortsgruppe Goldberg eine Märzgefallenenfeier, die von den Kameraden aus Liegnitz gut unterstützt wurde. Wir erzielten vier Neuaufnahmen für den RFB.

## Glogau

#### Wochenchronik

Die Nazis wollten die „große Kanone" Brückner auffahren. Aber es erschien eine andere Gestalt, Höhne-Görlitz. Der Redner versuchte, sein treudeutsches Herz auszupacken. Als Hauptkampf bezeichnete er den Kampf gegen die schwankenden Mittelparteien, die erbittertsten Feinde nannte er die Kommunisten. In Schleswig-Holstein herrschen angeblich Strasser und Hitler. Es kam ja auf einen Kohl mehr oder weniger nicht an. In der Diskussion sprach Stanislawski von der SPD., der die kapitalistisch-demokratische Republik als ein Weltwunder hinzustellen beliebte. Genosse Jonza zeigte ganz klar die Ausbeutung der werktätigen Massen durch die jüdischen wie christlichen Kapitalisten. Im Kampf gegen die Werktätigen sind sich beide einig. Er forderte den Zusammenschluß aller Werktätigen unter der Fahne der Kommunistischen Internationale. Er zeigte einige Beispiele aus Sowjetrußland. Mit einem Hoch auf die Kommunistische Internationale schloß er seine Ausführungen. Die Arbeiter stimmten die Internationale an. Die Faschisten wagten nicht, die „Krakeeler" rauszuwerfen. Werktätige, laßt nicht zu, daß diese Leute hier einen Stützpunkt kriegen! Eure Front ist rot! Nicht schwarzweißrotgelb!

Für die Erwerbslosen mußten im Stadtparlament Beruhigungspillen fabriziert werden. Ein Scheinmanöver zwischen der SPD. und den Bürgerlichen. 10 000 Mark wurden bereitgestellt als Mietenzuschuß für die Hilfsbedürftigen nach strenger Prüfung der Bedürftigkeit. Einem Arbeiter, der eine Monatsunterstützung von 40 Mark bezieht, wurde der Mietenzuschuß abgeschlagen. So sieht die Praxis aus. Erwerbslose, lernt daraus!

Schlaflose Nächte haben die Sozialdemokraten. Die rote Flut überschwemmt sie. Unsere Zeitung mit Artikeln über Krakau geht durch alle SPD.-Nebenorganisationen. Am Sonntag war eine so starke Nachfrage nach der Jubiläumszeitung, daß dieselbe wie warme Semmel wegging. Schade, daß wir nicht die doppelte Anzahl bestellt hatten. Wir hätten noch einige hundert Stück absetzen können.

# Oberschlesien

## Gleiwitz

### „Deutsche, vergeßt es nie — wir werden behandelt wie ein Stück Vieh"

Der Erwerbslosenausschuß hatte für vergangenen Mittwoch eine Erwerbslosenversammlung einberufen, die sehr gut besucht war. Der Zweck der Versammlung war vor allem, zu der Forderung auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe durch das Wohlfahrtsamt Stellung zu nehmen. Genosse Lellek, der auch Stadtverordneter ist, gab einen Ueberblick über die Kommunalpolitik des bürgerlich-sozialdemokratischen Blocks. Die gegen die werktätigen Schichten sich auswirkende Politik bewies er an einigen Beispielen, wie die Millionenzuschüsse für „Haus Oberschlesien", Theater-Café, Stadtgarten, die selbstverständlich aus den Taschen der werktätigen Steuerzahler herausgepreßt werden.

Um ihrer Forderung auf Wirtschaftsbeihilfe Nachdruck zu verleihen, formierten sich die Erwerbslosen spontan zu einem Demonstrationszuge und zogen mit Rufen wie:

„Wir fordern Brot und Arbeit — Deutsche, vergeßt es nie,
wir werden behandelt wie ein Stück Vieh!"

durch die Straßen nach dem Ring, wo Genosse Lellek nochmals einige kurze, aber kernige Worte des Kampfes an die Masse der Demonstranten richtete. Man marschierte weiter nach dem Stadthaus, und eine aus der Mitte der Demonstranten gewählte Kommission begab sich zum Bürgermeister, um die umgehende Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe zu erwirken. Sie brachte auch die Mitteilung, daß das Wohlfahrtsamt im Rahmen der Weihnachtsbeihilfe die Wirtschaftsbeihilfe zahlen werde. Die Mitteilung löste natürlich die Empörung unter den Erwerbslosen aus, weil sie genau wissen, daß ein großer Teil von der Beihilfe ausgeschaltet wurde und wird.

Hätten die Erwerbslosen nicht ihren Kampfeswillen durch den wuchtigen Aufmarsch gezeigt, hätte der Zentrumsmagistrat nichts bewilligt.

### „Wir wünschen dem Jubilar . . ."

In der Werkszeitung der „Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke", Nr. 6 vom 15. März 1929, erschien folgende kurze Notiz:

**Ein Veteran der Arbeit**

Am 19. März kann der Kettenputzer Josef Rittau aus Gleiwitz auf seine 25jährige Dienstzeit bei den Drahtwerken zurückblicken. Wir wünschen dem Jubilar noch viele Jahre rüstigen Schaffens und entbieten ihm ein herzliches Glückauf.

Der Prolet Josef Rittau ist bereits voriges Jahr mit einer Hungerrente nach Hause geschickt worden. Somit kann er wirklich nicht auf die 25jährige Ausbeutung seiner Arbeitskraft durch das Industriekapital zurückblicken. Schon 24 Jahre haben es vermocht, daß R. nicht mehr im Besitz seiner vollen Arbeitskraft ist, sonst hätte man R. noch im Betriebe behalten. Die „Glückwünsche" zu weiterem „rüstigen Schaffen" können nur als Verhöhnung angesehen werden. Für solche Phrasen können sich die ausgemergelten Proleten nichts kaufen.

## Hindenburg

**Die Sprechstunden im Wohnungsamt**

für das Publikum finden nicht mehr jeden Montag von 10—12 Uhr und jeden Donnerstag von 15—17 Uhr, sondern ab 15. d. M. jeden Dienstag von 10—12 Uhr und von 15—17 Uhr statt.

**Theatergruppen-Abend**

Freitag, den 29. März, 15 Uhr findet im Lokal Suchanek, Szmulastraße, früher Kaiser-Wilhelm-Straße, die fällige Theatergruppen-Uebung statt. Theaterfreunde sind willkommen.

**Die Spielleitung.**

## Beuthen

### Anträge bedürftiger Mieter

**auf Stundung der Hauszinssteuer mit dem Ziele der Niederschlagung für das Rechnungsjahr 1929**

Gemäß § 9 der Hauszinssteuerverordnung vom 2. 7. 1926 sind die Anträge bedürftiger Mieter auf Stundung der Hauszinssteuer mit dem Ziele der Niederschlagung jeweils durch den Hauseigentümer, der als Steuerschuldner allein in Betracht kommt, zu stellen. Nun gehen aber immer noch bei uns täglich solche Anträge ohne die erforderliche Beitrittserklärung des Hauseigentümers ein. Dadurch tritt neben einer erheblichen Belastung des Büros eine Verzögerung der Erledigung der Anträge ein, weil in solchen Fällen vorerst die Anträge dem Hauseigentümer zur Abgabe seiner Beitrittserklärung zugesandt werden müssen.

Um diesem Umstande abzuhelfen, weisen wir die Mieter erneut darauf hin, ihre Anträge vor Absendung an uns dem Hauseigentümer vorzulegen, welcher dieselben mit folgender Beitrittserklärung zu versehen und unterschriftlich zu vollziehen hat:

„Ich schließe mich dem Antrage meines Mieters an und werde nach Genehmigung desselben Mietsnachlaß in Höhe des mir mitzuteilenden Hauszinssteueranteils gewähren." Der Magistrat.

**Frauenabend.**

Die Beuthener proletarischen Frauen hielten am 22. März aus Anlaß der Internationalen Frauenwoche ihren Frauenabend ab. Die Abteilung Frauen hatte den Versammlungsraum nach besten Kräften geschmückt. Der Abend wurde durch das Lied „Brüder zur Sonne" eingeleitet. Nachher wurde durch einen Frauensprechchor eine Rezitation vorgetragen, welche reichen Beifall fand. Hierauf ergriff die Genossin Roberta das Wort und sprach eindringliche, klare Worte über die Lage des Proletariats, und der Frau insbesondere; recht schlicht, einfach und verständlich war dieser Vortrag gehalten, so daß jede Proletarierfrau denselben verstehen konnte. Der Besuch dieser Versammlung hätte aber noch besser sein können und wir mahnen die Genossen, ihre Frauen zum Besuch solcher Veranstaltungen anzuhalten. Eine Neuaufnahme wurde getätigt und reichlich Broschüren verkauft.

## Achtung, Arbeiterkorrespondenten!

Alle Zuschriften aus den Orten des oberschlesischen Parteibezirks sind an die

**Oberschlesische Redaktion der „Arbeiter-Zeitung"**

Gleiwitz, Ebertstraße 26, zu senden. Adresse: Georg Paris, Gleiwitz, Ebertstraße 26.

**Oberschlesische Lokalredaktion der „Arbeiter-Zeitung."**

## Kart

**Errichtung zweier Wohnhäuser**

In der letzten Gemeindevertreitersitzung wurde endlich der Bau von zwei Gartengebäuden beschlossen. Endlich beginnt die Kommune, in eigener Regie den Wohnungsbau zu forcieren, und dies vor allem auf den immerwährenden Druck der kommunistischen Fraktion hin. Daß der Wohnungsbau nicht in dem Maße gefördert wurde, wie es notwendig schien, ist auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien zurückzuführen. Die Vertreter haben bis jetzt nicht die Interessen der breiten Volksschichten wahrgenommen und werden das auch nicht in der Zukunft tun. In diesen Parteien sitzen die Freunde der spekulierenden Baukapitalisten."

## Miechowitz

**Eine gutbesuchte RFB.-Versammlung**

fand am Sonntag, dem 24. März im Lokal von Schindler statt. Der Kamerad Seppi sprach in klaren und verständlichen Worten über den drohenden Krieg, die Haltung des Reichsbanners, der Sozialdemokraten und der imperialistischen Länder. Die Diskussion war sehr rege. Ein anwesendes Reichsbannermitglied mußte unter der Wucht der von dem Versammlungsleiter Szudlik angeführten Beweise zugeben, daß das Reichsbanner der schwarzen Reaktion, dem Pfaffentum, Handlangerdienste leistet. Die Ortsgruppe Miechowitz des RFB. konnte einige Neuaufnahmen machen. Immerhin ein Erfolg!

## Bergarbeiter formiert die Kampffront!

**Die revolutionäre Opposition im Verband der Bergbauindustriearbeiter im Bezirk Oberschlesien beruft für Freitag (Karfreitag), den 29. März, vormittags 9,30 Uhr, in Hindenburg, Lokal Roth,**

### eine Konferenz der Bergarbeiter, Verbands- und Betriebsfunktionäre

**ein und fordert alle Kameraden, die nicht gewillt sind, dem verbrecherischen Treiben der Kossahl und Co. tatenlos zuzusehen, auf, an dieser Konferenz teilzunehmen.**

**Kameraden! Es gilt, der Front der Unternehmer, der Gewerkschaftsbürokratie und der Koalitionsregierung die geschlossene Kampffront aller Bergarbeiter entgegenzustellen.**

**Gegen die Spaltungsoffensive der Reformisten.**
**Gegen den Schlichtungsschwindel.**
**Für die Siebenstundenschicht.**
**Für 1,50 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.**
**Für die rote Front des Klassenkampfes.**

**Revolutionäre Opposition des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, Bez. Oberschlesien.**

## Kreuzburg

**Pferdeställe als Wohnräume — die Stadt ist der Eigentümer dieser menschenunwürdigen Behausungen**

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In der hiesigen Kaserne sind die Pferdeställe zu Wohnungen umgebaut, um die Proleten irgendwie nur unterzubringen. Kellerräume zur Aufbewahrung von Wintervorräten sind nicht vorhanden, so daß die Bewohner gezwungen sind, ihre Kartoffeln, um sie vor Frost zu schützen, unter dem Bett aufzubewahren. Hauswirt ist der Magistrat. Von einem Wochenlohn von 18—20 Mark, wie er in Kreuzburg üblich ist, können Familien von vier bis sieben Köpfen kaum den notwendigsten Lebensunterhalt bestreiten, so daß an Mietezahlen nicht gedacht werden kann. Man ging dazu über, fast sämtliche Bewohner des Stallgebäudes durch das Stadtbauamt zu beschäftigen, um ihnen von diesem niedrigen Lohn noch die Miete abziehen zu können. Dieser „hohe" Lohn bringt nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz auch eine dementsprechende Unterstützung. Ereignete sich folgender Vorfall auf dem Arbeitsamt hierselbst: Ein Erwerbsloser, der auch eine Wohnung in dem genannten Gebäude inne hat, holt seine Unterstützung am 20. März d. J. An der Zahlstelle wird ihm die Zahlkarte vorgelegt, und der Angestellte erklärt, er müsse 2 Mark von der Unterstützung (diese beträgt mit Frau und drei Kindern 16,20 Mark) einbehalten. Der Erwerbslose hatte aber den vollen Betrag quittiert und bestand auf voller Auszahlung. Der auszahlende Angestellte ging mit der Zahlkarte zum Herrn Dr. Fröhlich (anscheinend 2. Vorsitzender des Arbeitsamtes), und dieser „feine" Herr war schnell dabei, nachdem der Erwerbslose über 16,20 Mark quittiert hatte, diese Zahl durchzustreichen und 14,20 Mark daraus zu machen. Auf den energischen Protest des arbeitslosen Kollegen hin bequemte man sich doch, die volle Unterstützung auszubezahlen.

Das „soziale" Verhalten der Stadt gegenüber den Proleten ist eine wahre Schande. Warum kann sie sich das gestatten? Weil in den kommunalen Körperschaften keine Kommunisten sind und die herrschende Kaste unkontrolliert ihre Politik gegen die Werktätigen durchführt.

Proleten, geht bei den nächsten Kommunalwahlen diesen Leuten den verdienten Tritt.

## Oppeln

### Arbeiter, zeigt mehr Interesse für den kommunalen Haushaltsplan

Der neue Haushaltsplan der Stadt steht noch nicht fest; einzelne Zahlen und Vorschläge sind erst der Oeffentlichkeit übergeben und schon melden sich Tag für Tag in den bürgerlichen Zeitungen alle möglichen Organisationen und Personen, die da glauben, daß sie berechtigt sind, auch ein Wort mitzureden. Als erster trat der Arbeitgeberverband auf, nach ihm der katholische Kaufmännische Verein, hinterher die Hausbesitzer und jetzt verschiedene Einzelpersonen, die da angeblich früher die Geschicke der Stadt mitgeleitet haben, ohne daß Erhöhungen der Steuern auf den Besitz notwendig waren und die Entwicklung der Stadt gelitten hätte.

Mit welchem Recht maßen diese Leute sich an, über die notwendigen Steuern mitzubestimmen? Ihre Antwort darauf ist immer, daß sie die Gelder aufbringen müssen. Ist es so? Wir antworten darauf, daß gerade die besitzenden Kreise aus Handwerk und Gewerbe kein Recht haben, hier dreinzureden, da nicht sie, sondern „ihre" Arbeiter für sie diese Steuern aufbringen müssen, und wenn diese Arbeiter für sie nicht tätig wären, viele von ihnen nicht in der Lage wären, auch nur jede Woche ein sauberes Hemd anzuziehen. Frechheit ist aber von jeher die starke Seite des besitzenden Bürgertums gewesen, und so maßen sie sich Rechte an, die ihnen gar nicht zustehen. Wir sagen deshalb mit Recht: Arbeiter, lasse dich in diesen Fragen nicht an die Wand drücken und habe mehr Interesse für den Haushaltsplan der Stadt, der in gewissem Sinne nicht zuletzt über dein und deiner Kinder Wohl und Wehe entscheidet. Sprecht den Haushaltsplan von Mund zu Mund in den Betrieben durch und seid euch klar, daß, wenn es dem Besitzbürger gelingt, den Haushaltsplan nach seiner Fasson zu gestalten, ihr die Leidtragenden sein werdet.

Was den Arbeiter besonders interessieren muß, ist der Wohlfahrtsetat. Gerade diejenigen des Bürgertums, die sich heute damit brüsten, als Stadtverordnete vor dem Kriege den Haushaltsplan nicht erhöht zu haben und angeblich trotzdem die Belange der Bevölkerung wahrgenommen zu haben, hätten alle Veranlassung, recht stille zu sein, da die Unterlagen auf dem Gebiete der Sozialpolitik so klar reden, daß die Bezeichnung Verbrecher noch ein gelinder Ausdruck ist. Man sehe nur die Liste des Standesamtes, wo alle die Proletarierleichen verzeichnet sind, mit denen der Weg der Vorkriegsstadtverordneten gepflastert ist. Hunderte von Kindern, alle im Alter bis zu einem Jahre, weisen diese Listen auf. Proletarierkinder, deren Väter bei einem Einkommen von 12 bis 15 Mark die Woche nicht einmal in der Lage waren, ihre Kinder zu ernähren, geschweige denn zu kleiden, und die gewöhnlich an Tuberkulose und anderen Proletarierkrankheiten zugrunde gingen. Das herrschende Bürgertum will vergessen machen, daß es einen Krieg gab und daß wir heute die fünffache Zahl von Notleidenden haben. Notleidenden, an denen sie früher und auch heute schuld haben. Schon bei dem vorjährigen Haushaltsplan wies die kommunistische Fraktion nach, daß das Bürgertum nicht zugestehen, sondern Forderungen auf Beschneidung des Wohlfahrtsetats gestellt, die die Not noch vergrößert haben. Es ist ein Skandal, wenn man feststellen muß, daß noch heute arme, alte Leute, die nicht mehr kriechen können, geschweige denn Arbeit annehmen könnten, für ihren „Lebensabend" Unterstützungen erhalten, die ganze 30 Mark monatlich betragen, für Pflegekinder die horrende Summe von sechs Mark monatlich gezahlt wird. Wir könnten noch viel mehr anführen, wollen uns aber dieses für heute ersparen.

Diese Zeilen sollen der Arbeiterschaft nur zeigen, daß sie allen Grund und größeres Recht hat, mit dem Haushaltsplan der Stadt sich zu beschäftigen als das Bürgertum, da nicht dieses, sondern die Arbeiterschaft die Lasten der Stadt aufbringen muß. Die kommunistische Fraktion wird alles unternehmen, damit der schon im Vorjahr viel zu knappe Wohlfahrtsetat vergrößert wird, und nicht dann, wenn die Stadt keine Mittel für die notwendige Beschaffung von Arbeit und Unterstützung hat, der Magistrat wieder wie im Vorjahr der Arbeiterschaft erklärt, sie solle sich bei denen bedanken, die den Haushaltsplan beschnitten haben.

Ein besonderes Kapitel bildet die Frage des Wohnungsbaues. Auch hier versucht besonders der Arbeitgeberverband, der eigentlich doch Interesse für die Beschaffung von recht viel Arbeit haben müßte, dagegen aufzutreten, daß die Stadt neue Wohnungsbauten errichtet. Die Arbeiterschaft ist es, die unter dem Mangel an Wohnungen und Arbeit leidet, denn, das braucht wohl nicht erst betont zu werden, wird nicht gebaut, dann liegt auch jede andere Arbeit brach.

Die kleinen Gewerbetreibenden, zwischen denen und der Arbeiterschaft gewiß kein Unterschied ist, haben also auch daher alle Veranlassung, sich an die Seite der Arbeiterschaft zu stellen und mit ihr für einen Haushaltsplan einzutreten, der den Interessen aller Minderbemittelten entspricht. Auf die näheren Zahlen und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft wollen wir noch später, wenn diese zur Beratung feststehen, eingehen.

## Wegen Anprangerung des Prügelsystems in den Volksschulen verurteilt

Wir brachten in unserem Blatte, in der Nummer vom 31. Dezember vorigen Jahres einen Artikel, wo wir uns mit den Prügelmethoden des Lehrers Pietsch in Oppeln, Schule 3/5, auseinandersetzten. Die Schulaufsichtsbehörde strengte Klage gegen die „Arbeiter-Zeitung" an. Der Staatsanwalt war auch gleich zur Stelle, denn am vergangenen Sonnabend fand die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur vor dem Schöffengericht in Breslau statt, die mit der Verurteilung des betreffenden Genossen endete. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis.

Der Lehrer Pietsch und sein Konrektor marschierten als Zeugen auf. Lehrer Pietsch, der eine lange Rede zur Entlastung seines bösens Gewissens vom Stapel ließ, gab selbst zu, daß er einen Rohrstock zur Aufrechterhaltung der Disziplin brauche und gab ferner zu, daß er einen Antrag auf Fürsorgeerziehung des Kindes Cippel gestellt habe. Wir hatten Abstand genommen, Kinder seiner Schulklasse als Zeugen aufmarschieren zu lassen, weil ja in den allermeisten Fällen die Gerichte auf Aussagen von Kinder nicht viel geben.

Glauben etwa Gericht und Schulbehörde, durch strafrechtliche Verfolgung unserer Zeitung die öffentliche Kritik über das ausschließlich in den Volksschulen herrschende Prügelsystem zu unterbinden? Die Herren Staatsanwälte und schwarzen Mucker irren sich. Mit uns kämpft der klassenbewußte Teil des Proletariats gegen dieses pfäffische Schulsystem.

**Generalversammlung des RFB.**

Am Karfreitag, vormittags 10 Uhr, findet im Schützenhaus die General-Mitgliederversammlung statt. Alle Kameraden haben zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Die Ortsführung.**

**Säuglingsfürsorgestelle (Mütterberatung).**

Jeden Montag und Freitag, von 15 bis 16 Uhr, in der Provinzial-Hebammenlehranstalt, Malapaner Straße 20. Unentgeltliche ärztliche Beratung.

**Wochenmärkte**

Die Wochenmärkte am Freitag, dem 29. März, und Montag, den 1. April d. J., werden wegen der auf diese Tage fallenden Feiertage (Karfreitag und Ostermontag) auf Donnerstag, den 28. März, und Dienstag, den 2. April d. J., verlegt.

## Arbeitsgebiets-Konferenzen

**am Sonntag, dem 31. März, in Gleiwitz, im Lokal „Roter Stern", Preiswitzer Straße; Beginn 10 Uhr. Für das Arbeitsgebiet Beuthen in Miechowitz, Lokal Schindler, gleichfalls um 10 Uhr.**

**Auf je fünf abgerechnete Mitglieder entfällt ein Delegierter. Jede Zelle muß vertreten sein.**

**Bezirksleitung Oberschlesien der KPD.**

Radio- Sprechapparate, Schallplatten
Loth. Tscherneck, Gleiwitz, Tarnowitz.-Str. 2

# Frohe Ostern!

## Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr
Gastspiel **KLARA KARRY**
**Jettchen Gebert**

**Spielplan der Osterfeiertage:**
Nachmittags:
Ostersonntag, 15½ (nachm. 3½) Uhr
**Zu volkstümlichen Preisen**
**Die Försterchristel**
Ostermontag 15½ (nachm. 3½) Uhr
**Zu volkstümlichen Preisen**
**Gräfin Mariza**
Abends:
Ostersonntag und Ostermontag, 20 Uhr
Gastspiel **KLARA KARRY**
**Jettchen Gebert**

## Das Rad des 6-Tage-Siegers
ist kein Beweis für die Unübertrefflichkeit irgendeiner Marke; denn es ist nach besonderen Wünschen und Eigenheiten des Rennfahrers hergestellt. In dem als streng reell bekannten

**Fahrradhaus Eximius**
Reuschestrasse 28

Im Hause der Brauerei „Zum großen Meerschiff" erhalten Sie Räder ausgestattet und gegen Teilzahlung ganz nach ihren Wünschen. Riesenauswahl moderner Markenräder unter Garantie.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Tourenräder | v. M. 39.50 an | Griffe | v. M. —.20 an |
| Damenräder | M. 42.50 | Gummigriffe | v. M. —.40 an |
| D.-Räder m. Torpedofreilauf | v. M. 69.50 an | Isolierband | M. —.17 |
| Halbrenner m. Torpedofrail. | v. M. 68.— an | Rahmenpump. | v. M. —.50 an |
| Rennmaschinen Schlauchr. | v. M. 140.— an | Tourensättel | v. M. 2.75 an |
| Lenker | v. M. 1.90 an | Rennsättel | v. M. 4.50 an |
| Rennlenker | v. M. 4.25 an | Kindersättel | v. M. 1.85 an |
| Schutzbleche | v. M. —.70 an | Satteltaschen | v. M. —.80 an |
| Felgen gelb | v. M. 1.25 an | Schläuche | v. M. —.95 an |
| Speichen 100 Stck. | v. M. —.95 an | Decken | v. M. 2.35 an |
| Glocken | v. M. —.25 an | Decken rot | v. M. 2.95 an |
| | | Schlauchreif. | v. M. 5,75 an |
| | | Fahrradbatterielampen komplett | v. M. 2.40 an |

Gebrauchte Räder werden in Zahlung genommen.
Fachm. geleitete Reparaturwerkstatt.

## Das Geld ist knapp
Bei mir erhalten Sie gegen bequeme
**Teilzahlung**
reell und preiswert

| | |
|---|---|
| Damenmäntel | 2.— |
| Kleider | 2.— |
| Kostüme | 2.— |
| Röcke | 1.— |
| Blusen | 1.— |
| Herrenanzüge | 3.— |
| Sportanzüge | 3.— |
| Hosen | 2.— |
| Herrenmäntel | 3.— |
| Konfirm.-Anzüge | 3.— |
| Luxusschuhe | 2.— |
| Arbeitsschuhe | 2.— |
| Bettstellen, eis. f. Kind. u. f. Erw. | 2.— |
| Matratzen | 2.— |
| Federn | 1.— |
| Bettbezüge | 1.— |
| Bettlaken | 1.— |
| Leibwäsche für Damen u. Herren | 1.— |
| Oberhemden | 1.— |
| Trikotagen | 1.— |
| Pullover | 1.— |
| Madras-Gardin. | 1.— |
| Tüll-Gardinen | 1.— |
| Teppiche | 2.— |
| Läuferstoffe | 1.— |
| Linoleum | 1.— |
| Schirme | 1.— |
| Korbmöbel | 1.— |
| Fahrräder | 3.— |
| Nähmaschinen | 3.— |
| Kinderwagen | 2.— |
| Puppenwagen | 2.— |
| Sprechapparate | 3.— |
| Schallplatten | 1.— |
| Geigen | 1.— |
| Mandolinen | 1.— |
| Lauten | 2.— |
| Gitarren | 2.— |
| Zithern | 1.— |
| Ziehharmonikas | 2.— |

**Alfred Mücke**
Breslau
Tauentzienstr. 51.

Leihweise elegante
**Frack-**
u. Gehrock-Anzüge
**Herm. Mohaupt**
nur Karlstraße 11.
Ecke Schweidnitzerstr.
Telefon 57082

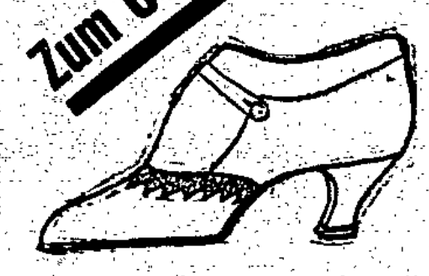
## Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
**Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen**

Zurückgest. Kinderwagen, soweit d. Vorrat reicht, zu herabg. Preisen
**Mohn, Korbmachermeister**
Jauer, Vorwerkstrasse 35

## Deutscher Baugewerksbund Waldenburg
Donnerstag, den 28. März, abds. 6½ Uhr
**Mitglieder-Versammlung**
im Ferdinandschacht, Ober-Waldenburg.
Strenge Türkontrolle
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

**Inserate haben in unserer Zeitung besten Erfolg!**

## Zum Osterfest billige Sonderangebote



**Hellfarbiger Damen-Spangenschuh**
sehr schönes Modell
Mk. **8.50**

**Schwarze Kinder-Spangenschuhe**
sehr haltbar

| Grösse | 31/35 | 27/30 | 23/26 | 20/22 |
|---|---|---|---|---|
| | 4.25 | 3.75 | 3.25 | 2.75 |

**Turnschuhe mit Gummisohle**

| Grösse | 43/46 | 36/42 | 29/35 | 20/28 |
|---|---|---|---|---|
| | 2.75 | 1.95 | 1.85 | 1.50 |

**Einsegnungsschuhe**
für Mädchen und Knaben
in großer Auswahl und besonders billig

Gleiwitz **Fortuna** Wilhelmstr. 20

## „Nordsee"
**Gleiwitz**
Bahnhofstraße 4
**Beuthen**
Tarnowitzer Straße 45
**Hindenburg**
Kronprinzenstraße 136
Für die
**Karwoche!**
Riesenzufuhr frischer
**Seefische**
zu niedrigsten Preisen!
Seelachs, Kabeljau
Schellfisch
Grüne Heringe usw.
Rollmops
Bismarckheringe
Bratheringe
Hering in Gelee
**! billigst !**

## Hirschberg i. Rsgb.

Wäsche
**J. Königsberger**
Strümpfe

Als
**Oster-Getränke**
empfehlen wir:
**Tarragona / Griechischen Dessertwein**
**Insel Samos / Malaga / Rotwein**
**Weißwein**
sowie unsere selbstgekelterten
**Obstweine und Beerenweine**
lose vom Faß zu niedrigsten Preisen
**Gebr. Cassel**
A.-G.
**Hirschberg i. Rsgb., Markt 14 und Greiffenberger Straße 20/22**

**Carl Riegers Nachf.**
Inh.: Friedrich Reinert
Hirschberg, Lichte Burgstraße 14
Kolonialwaren und Spirituosen

**„Mifa"** Fahrräder Nähmaschinen Sprech-Apparate
gegen bequeme Teilzahlung
**Richard Kniese, Hirschberg**
Dunkle Burgstrasse 2

Achtung! Achtung!
**Prima Fleisch- u. Wurstwaren**
empfiehlt
**Ernst Wolf**
Hirschberg, Mühlgrabenstraße 23

**Berliner Partiewarenhaus**
**Hirschberg**
Vorteilhafte Bezugsquelle für:
Glas, Steingut, Porzellan, Emaille
Haus- und Küchengeräte sowie
Webwaren aller Art
Parteimitglieder 5% Rabatt!

**Damen-Hüte**
in größter Auswahl, bei
**Franz Pohl**
Hirschberg, Schildauer Str. 20

**Kaufhaus R. Schüller**
Hirschberg, Bahnhofstr. 58a
**Das Einkaufshaus für alle!**
Wäsche — Trikotagen — Strümpfe
Wollwaren — Berufsbekleidung

**Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung**
kaufen Sie
reell, gut und billig bei
**Max Zamury**
Hirschberg i. Rsgb.

**Reichhaltige Auswahl**
zu äußerst billigen Preisen, in allen
**Oster-Artikeln**
**Zuckerwarenfabrik „Record"**
Hirschberg i. Rsgb., Bahnhofstr. 54
Markt 49

**Korsetts, Büstenhalter, Wäsche**
billig bei
**W. & G. Neumann**
Hirschberg i. Rsgb., Schildauer Str. 11

**Fahrräder** anerkannter Marken kaufen Sie preisw. bei
**A. Osterwald**
Reparaturwerkstatt und Messerschleiferei
Hirschberg i. Rsgb., Salzgasse 4

**Georg Przyrembels Frühstückskutschen** Großer bürgerlicher Mittagstisch
Kalte u. warme Speisen u. Getränke. Gutgepfl. Biere v. Faß
Georg Przyrembel, Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Hirschberg, Markt 50, Telephon 246

**Kauft Fische**
im
**Hamburger Fischhaus**
am Burgturm, Hirschberg i. Rsgb.